

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

38 (14.2.1950)

UNSER TAG

Südwest-Verlag e.G.m.b.H., Offenburg, Friedrichstr. 36, Fernruf 2207. Druck: Badische Verlag GmbH, Mannheim, S. 3, 10, Fernruf 43360. Chefredakteur: Hermann Jerrentrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2249. Vertriebsfilialen: Offenburg, Friedrichstraße 36; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einwöchlich. Trägerlohn: Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM 0,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm., Kto.-Nr. 227, Postsparkasse Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste. 6. Anzeigen werden entgegengenommen in allen Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 38

Dienstag, 14. Februar 1950

Preis 15 Pf.

Stahlausfuhr-Verbote ein Bumerang für westdeutsche Wirtschaft

Westdeutschland muß allein die verheerenden Folgen des von den Alliierten gewünschten Verbots tragen

Berlin (EB). Das von der Adenauer-Regierung auf amerikanischen Befehl erlassene Verbot von Stahlausfuhr ist die Einleitung eines neuen amerikanischen Blockade-Versuches gegen die Deutsche Demokratische Republik, erklärte Professor Gerh. Eisler auf einer Presse-Konferenz des Amtes für Information über Fragen des innerdeutschen Handels. Der Regierungsbeauftragte für innerdeutschen Handel, Josef Orloff, führte zahlreiche schlagende Beispiele für die systematische Behinderung des freien Warenverkehrs zwischen den beiden Teilen Deutschlands an.

Es sei Westdeutschland, das am härtesten durch diese Maßnahmen getroffen werde, führte Josef Orloff weiter aus. Die Zahl der Arbeitslosen werde durch die neuen Maßnahmen um einige Hunderttausend erhöht werden. Auch Westberlin wird unter den neuen Maßnahmen zu leiden haben. In der Deutschen Demokratischen Republik hingegen werde es wegen der Versuche einer neuen Blockade keinen einzigen Arbeitslosen mehr geben. Keine Fabrik werde wegen Ausbleibens der Stahllieferungen auch nur einen Tag stillstehen.

Westdeutsche Vertreter kommen nach Berlin

Berlin (EB). Wie von der westdeutschen Verwaltung mitgeteilt wurde, werden ihre Vertreter heute in Berlin eintreffen, um Besprechungen mit dem Ministerium für innerdeutschen Handel, Außenhandel und Material-Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik zu führen. Die Verhandlungen werden den Stahllieferungs-Stop, die Abwicklung und die Ausweitung des Frankfurter Abkommens über den innerdeutschen Handel betreffen.

Stahlembargo zum Nutzen der ausländischen Konkurrenz

Düsseldorf (VWD). Das Verbot weiterer Stahllieferungen nach der Deutschen Demokratischen Republik wird in Kreisen der

W. Pieck beglückwünscht Armee-General Tschujkow

Berlin (EB). Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, beglückwünschte den Armee-General Tschujkow in einem Handschreiben zu seinem 50. Geburtstag und zu dem ihm erwiesenen Auszeichnung mit dem Lenin-Orden. In dem Schreiben an Armee-General Tschujkow heißt es: „Ich benütze diese Gelegenheit, Ihnen für die große Hilfe zu danken, die Sie im Auftrage Ihrer Regierung meinem Volk beim Aufbau seiner Friedenswirtschaft und in der Überwindung der großen nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schwierigkeiten ständig angedeihen lassen und wünsche Ihnen noch recht viele Jahre bester Gesundheit und weitere Erfolge im Dienst Ihres Vaterlandes und des Völkerfriedens.“

Im Streiflicht gesehen

Hochwasser an der Saar und Mosel

Trier. Nach der plötzlichen Schneeschmelze in den Vogesen, verhaftet auf dem Hunsrück wird von Mosel und Saar starkes Ansteigen des Wasserstandes gemeldet. Am Trierer Pegel erreichte die Mosel am Freitagmittag einen Wasserstand von 3 Metern. Der Hochwasserdienst wurde eingesetzt.

Bauern wehren sich gegen Wölfe

Spoletto. Im mittelitalienischen Gebirge bewaffnen sich die Bauern und organisieren Wolfsjagden. Die Wölfe, die im schneebedeckten Gebirge keine Nahrung mehr finden, haben sich bereits an vereinsamte Dörfer herangewagt. (Reuter.)

Römische Taschendiebe wandern ab

Rom. (dpa). In den letzten Tagen wurden in Mailand 13 Berufstaschendiebe, unter ihnen zwei Frauen, verhaftet, die sämtlich erst vor kurzem aus der Hauptstadt nach Mailand übersiedelt waren. Befragt, warum sie alle ihr Tätigkeitsfeld von Rom nach Mailand verlegten, erklärten die Langfinger, daß die Arbeit in Rom wegen der ständig besser werdenden Kriminalpolizei zu viel Risiko einschloß. Außerdem sei die Ausbeute auf den römischen Verkehrsmitteln nicht mehr als 1 bis 2000 Lire „Tageseinnahmen“ pro „Berufsunternehmen“ hinausgegangen. Die Verhafteten sind sämtlich einschlägig vorbestraft. Fünf von ihnen wurden auf frischer Tat erwischt.

Drei Bergleute Opfer eines Grubenbrandes

Dortmund. Drei Bergleute wurden am Sonntag durch Brandgas getötet, die bei einem Grubenbrand auf der Schachtanlage „Karoline“ der Zeche „Robert Mueser“ in Bochum-Harpen entzündeten. Die Ursache des Brandes, der nach Mitteilung des Oberbergamtes in Dortmund in der fünften öst-

Stahlindustrie des Bundesgebietes lebhaft bedauert. Man sieht dieses Embargo als eine vorwiegend politische Entscheidung an, aus der sich ähnliche Folgen in der Richtung einer verstärkten Einschaltung der Auslands-Konkurrenz in das Ostgeschäft ergeben könnten wie bei dem alliierten Verbot des Schienengeschäfts mit China.

Ohne Osthandel keine Gesundung Westdeutschlands

Hamburg. (EB) Der Ausfall des Osthandels für den westdeutschen Export bringt jährlich einen Verlust von fast 800 Millionen DM, wird in einem vielbeachteten

Bereit, Westdeutschland zu helfen

Stellvertretender Ministerpräsident Walter Ulbricht über praktische Maßnahmen zur Linderung der Erwerbslosigkeit Auch westdeutsche Unternehmen können am Aufschwung des Außenhandels der Deutschen Demokratischen Republik teilnehmen

Berlin. (Eig. Ber.) „Wir sind bereit, der westdeutschen Bevölkerung zu helfen“, erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht vor der Volkskammer in Beantwortung einer LDP-Anfrage, welche Möglichkeiten die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sehe, der Not der Arbeitslosen in Westdeutschland entgegenzutreten.

„Selbstverständlich“, — fuhr Walter Ulbricht fort — ist die erste grundlegende Maßnahme der Kampf der Nationalen Front gegen die Abhängigkeit Westdeutschlands vom amerikanischen Imperialismus. Wir halten ferner eine Reihe praktischer Maßnahmen für möglich, um die Erwerbslosigkeit in Westdeutschland zu lindern.

Als erstes handelt es sich um die Entwicklung des innerdeutschen Handels ohne jede Rücksicht auf die egoistischen Interessen der amerikanischen Konzernbeauftragten. Das heißt, alle Deutschen in Westdeutschland müssen eine Wirtschaftspolitik unterstützen, die für einen innerdeutschen Handel erforderlich ist, im legalen Handel unter Umgehung der Gesetze der Besatzungsbehörden, wo diese den Interessen der deutschen Wirtschaft entgegenstehen.

Zweitens sind wir der Meinung, daß alle Wirtschaftsbeziehungen gefördert werden müssen, die den Interessen der deutschen Wirtschaft entsprechen. Wir betrachten diese Frage als rein innerdeutsche Angelegenheit

Artikel der „Hamburger Neuen Presse“ festgestellt.

Hätte man, wie 1945 versprochen, so heißt es in dem Artikel, die wirtschaftliche Wiedervereinigung Deutschlands durchgeführt, so wäre Westdeutschland bis zum Jahre 1952 von Dollar-Krediten unabhängig. Die Lage der westdeutschen Wirtschaft entbehre aller stabilen Elemente. Allein schon die Spaltung des deutschen Wirtschafts- und Währungsraumes mache jede feste Kalkulationsbasis unmöglich. Die „Hamburger Neue Presse“ warnt die westdeutsche Wirtschaft, sich die optimistischen Propagandathesen der Marshallplan-Administration zu eigen zu machen.

Folgen des Stahl-Embargos

Eßlingen. (EB) Die Maschinenfabrik Eßlingen ist durch das Verbot der Stahlausfuhr gezwungen, in den nächsten Tagen 400 Arbeiter zu entlassen.

US-Importe bringen Entlassung

Düsseldorf. (EB) Von Massenentlassungen ist die Belegschaft der Uerdinger Farbenwerke nach einer Mitteilung des Betriebsratsvorsitzenden bedroht. Die Werksleitung begründet die bevorstehenden Entlassungen mit Absatzschwierigkeiten, die auf die umfangreichen Importe, vornehmlich aus den Vereinigten Staaten, zurückgeführt werden.

informieren. Ich kann sagen, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik schon einen gewissen Mangel an Qualitätsarbeitern haben und daß wir jetzt große Anstrengungen unternehmen müssen, um im Sommer und Herbst dieses Jahres im Zusammenhang mit der Durchführung des Wirtschaftsplans die notwendige große Anzahl zusätzlicher Arbeitskräfte zu erhalten. Ich kann natürlich nicht versprechen, daß wir die westdeutschen Arbeitslosen hier einstellen können, dazu bestehen zu große Unterbringungsschwierigkeiten, und es ist auch nicht zweckmäßig, heute diese Frage hier zu stellen.

Unsere Aufgabe besteht also darin, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entwicklung der Wirtschaft in Westdeutschland, soweit das in unseren Kräften steht, zu fördern. Wir hoffen, daß die Bevölkerung in Westdeutschland erkennt, daß eine um so erfolgreichere Hilfe durchgeführt werden kann, je stärker die Deutsche Demokratische Republik und je fester die demokratische Ordnung ist.“

Ruf nach Polizeigewalt gegen „Druck der Straße“

Dr. Adenauer wollte durch Polizei die Protestfahrt des Verkehrsgewerbes nach Bonn unterdrückt sehen

Bochum. (E.B.) Dr. Adenauer will bei den Hohen Kommissaren vorstellig werden, „weil die gegenwärtige Ordnung des Polizeiwesens in der Bundesrepublik völlig unmöglich“ sei. Das ist seine Schlußfolgerung, zu der er über die Protestfahrt des Kraftfahrzeuggewerbes am vergangenen Freitag nach Bonn kommt, wie er auf einer Funktionärsversammlung der CDU, auf der er den Wahlkampf zur Landtagswahl in Rheinland-Westfalen eröffnete, erklärte.

Dr. Adenauer machte keinen Hehl daraus, daß er erwartet habe, daß die Polizei die Protestfahrt des Verkehrsgewerbes verhindern hätte sollen. Diese habe aber in den einzelnen Ländern restlos versagt. Der Bundesregierung selbst fehlten die Machtmittel

und wir sind nicht an den Anweisungen einer Bonner Verwaltung interessiert.

Wir sind drittens bereit, dafür zu sorgen, daß auch westdeutsche Unternehmen am Aufschwung des Außenhandels der Deutschen Demokratischen Republik teilnehmen können. Ich habe den Herrn Minister für Außenhandel beauftragt, Verhandlungen für ein erstes Handelsabkommen mit der Volksrepublik China zu führen. Bei diesen Verhandlungen werden auch die Liefermöglichkeiten westdeutscher Betriebe mitberücksichtigt werden.

Viertens halten wir es für unsere Pflicht, die Bevölkerung im Westen über alle Wege zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu

lengruben wirksam werden zu lassen und leihen Lohnerhöhungen ab. Die Braunkohlenbergarbeiter sind nicht gewillt, die Verwirklichung ihrer Lohnforderung weiter hinauszögern zu lassen, sondern sind dazu übergegangen, die Gruben streikbereit zu machen. Falls die Unternehmer bei ihrer Ablehnung verharren, ist damit zu rechnen, daß für das Kölner Braunkohlenrevier am Montag der Streik verkündet wird.

Frechheit, steh' mir bei!

Die Devise Dr. Haußmanns, um dem Entnazifizierungsskandal zu entrinnen

Stuttgart. (E.B.) Die DVP hat sich beiläufig erklärt, daß sie „voll und ganz“ hinter Ministerpräsidenten Maier und ihrem Landesvorsitzenden Dr. Haußmann stehe. Kein Wunder, denn die politische Seite des Entnazifizierungsskandals wird von vornherein zudeckt und wenn dabei Anrücken zutage kommen, natürlich auch.

Dr. Haußmann hat in einer Presseverlautbarung den Mund sehr voll genommen. Alles gegen ihn behauptete, auch die Frage des Antrags der Aufhebung seiner Immunität, wurden von ihm als „Verdächtigungen“ und als eine „heimtückische Ehrabschneiderei und gewissenlose Verleumdung der Presse“ bezeichnet. Dr. Haußmann glaubte vergebens sich reinwaschen zu können.

Der Generalstaatsanwalt, Dr. Richard Schmidt, von dem man nicht annehmen

kann, daß er etwa gegen die im Entnazifizierungsskandal genannten „hohen Persönlichkeiten“ eingestellt wäre, denn auf ihn geht der Angriff auf die Presse, das Informationsverbot zurück, war gezwungen, zu bestätigen, daß der Antrag auf Aufhebung der Immunität gestellt war.

Dr. Haußmann, der sich besser zu seinen Gnadenakt-Vermittlungen und den im Falle des Lederfabrikanten bezogenen 4000 DM als „Honorar“ geäußert hätte, handelt nach der Devise: „Frechheit, steh' mir bei!“

Feststellungen der Polizei-gewerkschaft

Stuttgart. (dpa) Polizei - Gewerkschaftssekretär Alois Holtz beschuldigte den württemberg-badischen Generalstaatsanwalt Dr. Richard Schmidt, er habe der Landespolizei erst dann die Herausgabe von Informationen verboten, als im Zusammenhang mit der Entnazifizierungsaffäre auch hochgestellte Persönlichkeiten genannt worden seien.

Holtz sagte auf einer Gewerkschaftsversammlung in Stuttgart, der Generalstaatsanwalt habe dem Entscheid der Staatsanwaltschaft vorgegriffen, als er erklärte, daß die Aufhebung der Immunität für die von der Landespolizei angezeigten Abgeordneten auf keinen Fall beantragt werde. Zu dieser Zeit seien die Ermittlungen noch im Gang gewesen.

Die Delegierten der Fachabteilung Polizei in der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr forderte die württemberg-badische Regierung und den Landtag in einer Entschließung auf, alles zu unterlassen, was die Objektivität der Polizei beeinträchtigen oder beeinflussen könnte. Die leitenden Posten bei der Polizei sollten nur mit Persönlichkeiten besetzt werden, die durch ihr Verhalten vor 1945 die Gewähr für eine wirkliche demokratische Polizei und für eine unbeeinflusste Ausübung ihres Dienstes bieten könnten.

Verfahren einstellen!

Betriebsrat von Daimler-Benz gegen die Fortführung des Demontagestop-Prozesses

Mannheim. (E.B.) Daß trotz der überwältigenden Zahl von Protesten gegen den Demontagestop-Prozess in Hannover, die bisher aus allen Teilen Deutschlands einliefen, das Obergericht der Hohen Kommission auf den 27. Februar die Verhandlung abernuehnt, muß von allen Deutschen als Schlag gegen sich selbst und Vernichtung seiner Lebensrechte empfunden werden. Die Antwort darauf kann nur sein, daß die Welle der Proteste so groß wird, daß es nicht mehr geht, sie unbeachtet zu lassen.

Jetzt hat der Betriebsrat von Daimler-Benz in Mannheim zu dem Demontage-Prozess Stellung genommen. Seine Entschloßung lautet:

Der Betriebsrat der Firma Daimler-Benz AG, Mannheim, versichert den Ange-

klagten der „Niedersächsischen Volksstimme“ des Demontagestop-Prozesses in Hannover seine vollste Sympathie. Er sieht in den sieben Angeklagten die Verfechter der Grundrechte des deutschen Volkes. Mit dem Widerspruch zum Potsdamer Abkommen stehenden Demontagen von Teilen der deutschen Friedensindustrie wird der deutschen Arbeiterschaft die Grundlage einer einigermaßen menschenwürdigen Existenz entzogen. Gegen diese Maßnahmen Protest zu erheben, kann niemand verboten werden. Wir erwarten von dem englischen Militärgericht, daß es das Recht der freien Meinungsäußerung, wie es mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik festgelegt wurde, beachten wird und das Verfahren gegen die sieben Angeklagten einstellt.

Aus dem Inhalt:

Ist Fuchs wirklich ein käuflicher Spion?

Verstärkte Ausbeutung bei niedrigen Löhnen

Frankreichs Volk für den Frieden

Schanghai Bombardierung eine Schuld der USA

„Unser Tag“ für sieben Tage verboten!

Freiburg. (EB) Wie wir bei Redaktions-schluß erfahren, wurde „Unser Tag“, die Volkszeitung für Südbaden, ab Mittwoch für die Dauer von 7 Tagen durch die französische Militärregierung verboten. Das Verbot stützt sich laut Begründung durch die Militärregierung auf eine „falsche und tendenziöse Darstellung“ des Artikels, der unter der Überschrift „Sureté verhaftet FDJ-Mitglieder“ über die Verhaftung von FDJ-Mitgliedern berichtete. Die Militärregierung hält die Darstellung dieser Tatsachen für geeignet, „das Ansehen der alliierten Streitkräfte in Mißkredit zu bringen.“

Inwieweit die von „Unser Tag“ angeführten Tatsachen „falsch und tendenziös“ sind, wird in der Begründung nicht gesagt.

Dem Diktat nicht gebeugt

USA-Bergleute erscheinen nicht zur Arbeit Pittsburgh. Mehrere 1000 Bergarbeiter im pennsylvanischen Kohlenrevier erschienen am Montag entgegen der Anordnung ihres Gewerkschaftsführers John Lewis nicht zur Arbeit. Man rechnet damit, daß weitere Tausende von Bergarbeitern sich dieser Haltung anschließen werden. Sie wehren sich gegen die Verfügung der USA-Regierung, die auf Grund des Taft-Hartley-Gesetzes die Unterbrechung des Streiks angeordnet hatte, mit der Begründung, dieses Gesetz zwinge sie zur „Sklaverei“. Berichterstatter der Nachrichtenagentur Ins melden, daß um Mitternacht, als die Verfügung der USA-Regierung in Kraft trat, nicht ein einziges Bergwerk in Pennsylvania und Westvirginia die Arbeit aufgenommen hatte. (Ins)

Generalstreik angekündigt

Tokio. (RdK) Die japanischen Eisenbahner werden am 23. Februar aus Protest gegen die Finanzpolitik der Regierung in den Generalstreik treten. Die Streiklage in Japan wird sich dadurch noch weiter verschärfen, da bereits jetzt 50 000 Arbeiter der Eisenindustrie die Arbeit niedergelegt haben und die Bergarbeiter in verschiedenen Kohlenrevieren seit mehreren Monaten einen „Arbeitslangsam-Streik“ durchführen.

„Eiserner Pressevorhang“

Bern. „Im Bonner Bundeshaus und in den Regierungsgebäuden der Länder wird ein eiserner Vorhang vor der Presse heruntergelassen.“ Dies ist der Tenor einer Schilderung der Beziehungen zwischen Presse und deutscher Bundesregierung im „Berliner Bund“ vom Sonntag, in der es weiter heißt: „Die Regierung ist aber trotzdem so naiv, von den Zeitungen eine loyale Haltung und Unterstützung zu verlangen.“

Verstärkte Ausbeutung bei niedrigen Löhnen

Hohe Unternehmerrgewinne — Katastrophale Arbeitslosigkeit — Die Forderung auf 30proz. Lohnerhöhung

Nach dem Monatsbericht der Bank Deutscher Länder vom Dezember 1949 ist die Arbeitsproduktivität, also die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters im vergangenen Jahr — von September 1948 bis September 1949 — um etwa 21 Prozent gestiegen.

Diese Meldung bestätigt nur die schon weitgehend bekannte Tatsache der Leistungssteigerung des deutschen Arbeiters, hervorgerufen durch verstärkte Ausbeutung und Rationalisierung der Betriebe. Wie hat sich nun diese Steigerung der Leistung auf den Lohn der Werktätigen ausgewirkt?

Hatte doch u. a. der Arbeitsminister Anton Storch noch in seiner Tätigkeit als Direktor der Verwaltung für Arbeit die notwendige Lohnerhöhung von der Leistungssteigerung abhängig gemacht.

Wir haben damals schon darauf hingewiesen, daß die Rationalisierung nie zu einer echten Erhöhung der Löhne führte, sondern nur zur Erhöhung der Profite des Großunternehmers. Wie sieht es nun also mit der Lohnerhöhung der Arbeiter und Angestellten aus. Wir zitieren wieder den Monatsbericht der Bank Deutscher Länder. Dort heißt es über den Stand der Löhne der Industriearbeiter vom September 1949:

„Die Stundenverdienste lagen damit um rund 11 Prozent, die Wochenverdienste um rund 20 Prozent über dem Stand vom September 1948.“

Da wir bei dem Vergleich der Leistungssteigerung nur die Stundenverdienste in Betracht ziehen können, ergibt sich also die Tatsache, daß im vergangenen Jahre die Leistung des westdeutschen Arbeiters um 21 Prozent gestiegen ist, er jedoch die versprochene Lohnerhöhung nicht erhalten hat, da der Lohn nur um 11 Prozent höher liegt.

Aber auch diese Erhöhung der Löhne steht, im allgemeinen gesehen, nur auf dem Papier, inzwischen ist nämlich von den Unternehmern die dem Industriearbeiter bekannte Akkordschere wieder in Aktion gesetzt. Die Gewerkschaftszeitung „Der Bund“ Nr. 19 schreibt dazu:

„Oft wird dabei von Seiten der Betriebe die Begründung vorgebracht, in der Zeit des Lohnstopps habe man die Grundlöhne nicht verändern können und sich deshalb mit einer Erhöhung der Vorgabezeiten helfen müssen. In diesen Fällen handelt es sich also um den Versuch, diese Lohnerhöhung heute rückgängig zu machen, und nicht nur um eine technisch bedingte Berichtigung der Vorgabezeiten und Akkordsätze.“

Die Akkordbescheidung bedeutet für den Arbeiter die gesteigerte Ausbeutung und für den Unternehmer den größeren Profit. Die Erhöhung der Unternehmer-Profite ist gewaltig. Neben der Gewinnsteigerung durch die größere Ausbeutung haben die Konzernkapitalisten es verstanden, ihre Kriegs- und Rüstungsgewinne zu realisieren, sie haben weiter die westdeutsche Bevölkerung durch die Warenhoheit vor der Währungsreform und durch andere Währungsgewinne betrogen. Die Aktienkurse an den Börsen sind gewaltig gestiegen, Dividenden werden schon

wieder ausbezahlt trotz erhöhter Rücklagen der Gesellschaften.

Wenn die hohe Profitrate der Großunternehmer in Gefahr gerät, werden die Arbeiter und Angestellten rücksichtslos auf die Straße geworfen. Mehr als zwei Millionen Arbeitslose sind die Folge dieser freien Unternehmerwirtschaft. Sogar aus dem Elend der Erwerbslosen versucht der Kapitalist noch Profit zu schlagen, indem er die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeitslosen ausnützt und die Arbeitslosen als Reservearmee benutzt, um die Löhne der Werktätigen zu drücken.

Der Lohn des westdeutschen Werktätigen reicht nicht mehr aus zur Deckung des

einfachsten Lebensbedarfs, deshalb muß die gewerkschaftliche Forderung auf 30 Prozent Lohnerhöhung, die schon vor einem Jahr aufgestellt wurde, nun endlich verwirklicht werden. Dazu ist notwendig, den organisierten Kampf um diese Lohnerhöhung zu führen. Sogar der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Böckler, muß heute eingestehen, daß er vergeblich auf die Preisherabsetzung gewartet hat. Er befürwortet nun die Forderung der Arbeiterschaft nach Lohnerhöhung. Die Kampfbereitschaft der Werktätigen ist vorhanden. Notwendig ist der Einsatz der gewerkschaftlichen Macht.

Frankreichs Volk für den Frieden

Gewaltige Massenkundgebungen gegen die imperialistischen Kriegstreiber

Paris, (EB) In Paris fand heute eine große Massenkundgebung gegen die Unterdrückung Vietnams und die Kriegstreiber des amerikanischen Imperialismus statt. In einem gewaltigen Demonstrationzug marschierte das Pariser Volk auf dem Platz der Republik auf, wo eine Kundgebung stattfand.

Auch in allen anderen Städten Frankreichs fanden Massenversammlungen statt, die zu gewaltigen Friedenskundgebungen wurden. Sie sind die Steigerung der Friedensaktion, die vom Friedenskomitee, den Gewerkschaften und der KPF geführt wird. Die Kommunistische Partei hatte in einem Aufruf in der Zeitung „Humanité“ zu den Kundgebungen aufgefordert. In dem Aufruf wurde auch die Bildung einer „Regierung der demokratischen Union“ gefordert angesichts der andauernden Regierungskrise in Paris.

Truppeneinsatz zur Entladung von US-Waffen

Rom, (nach dpa) Der italienische Kriegsminister gab die Erklärung ab, daß er Truppen zur Entladung amerikanischer Waffen einsetzen werde, weil die Hafenarbeiter Italiens diese Arbeit verweigern. Es seien viele Schiffe aus den USA mit Waffen unterwegs und werden bald in italienischen Häfen ein treffen.

„Gipfel der Verrücktheit“

Rom, Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Togliatti, erklärte am Freitagabend im Parlament, die amerikanische Politik erreiche den Gipfel der Verrücktheit. Er forderte die Abgeordneten auf, die Regierung de Gasperi zu beseitigen, da sie ein Werkzeug der USA sei. Während die Sowjetunion den Frieden will, Rüstungsbeschränkungen und das Verbot der Atombombe vorschlägt, schrecken die USA mit den furchtbarsten Mitteln der Massenvernichtung.

Frankreich steht hinter den Hafenarbeitern

Paris, (EB) Zur materiellen und politischen Solidarität mit den Hafenarbeitern, die das Entladen von amerikanischen Waffen verweigern, rief der französische CGT-

Gewerkschaftsbund alle Werktätigen des Landes auf. Durch diese Hilfsaktion hat die Hafenarbeiter-Gewerkschaft bis jetzt über eine Million Francs aus allen Schichten der Bevölkerung erhalten.

USA verweigern deutschen Wissenschaftlern Rückkehr in die Heimat

Berlin, (E. B.) Dem Wunsch der in den USA arbeitenden deutschen Wissenschaftlern nach Rückkehr in ihre Heimat könne nicht stattgegeben werden, da sie über die militärische Angelegenheit der USA zu gut unterrichtet seien und nach ihrer Rückkehr möglicherweise die Politik der Sowjetunion unterstützen würden, schreibt ein Korrespondent des „Scripps-Howard“-Pressekonzerns, unter Berufung auf Erklärungen hoher Regierungsbeamten. Es sei den deutschen Wissenschaftlern das Recht zur Rückkehr zugesichert worden. Die USA-Behör-

Frankreichs Sozialistenführer zwischen zwei Stühlen

Sie sind drauf und dran, den letzten Rest von Einfluß in der Bevölkerung zu verlieren

Die Sozialistische Partei Frankreichs sah sich unter dem Druck der Massen gezwungen, ihre Minister aus der Regierung Bidault zurückzuziehen. Diese Entwicklung kommt der internationalen Reaktion sehr unangelegen. Die „New York Herald Tribune“, vom 4. 2. 1950 schreibt hierzu:

„Ihre Zurückziehung kommt nach Meinung der meisten Parlamentarier zu einem außerordentlich ungünstigen Zeitpunkt. Die Sowjet-Union hat soeben Ho Chi Minh, den kommunistischen Führer der indochinesischen Rebellen, anerkannt. Im Mutterland stehen die Kommunisten mit Hafenarbeiterstreiks sowohl gegen Waffenversendungen nach Indochina, als auch gegen das Löschen von Atlantikpakt-waffen für Frankreich in Aktion. In voller Erkenntnis des Druckes, der von diesen Bewegungen ausgeht, waren die USA und Großbritannien sicherlich sehr besorgt darum, daß die französische Regierung ihre Reihen auf einer ausschließlich innenpolitischen Ebene festige und der Außenwelt gegenüber als eine geschlossene Einheit auftrete. Die sozialistische Entscheidung durch die westlichen Hoffnungen auf die französische Stabilität in einem kritischen Augenblick zunichte gemacht.“

Mit diesem Kommentar gesteht dieses reaktionäre Blatt ein, daß es in Frankreich trotz allem propagandistischen Aufwand nicht gelungen ist, der Arbeiterschaft einzureden, die Kommunisten hätten durch ihre Friedensaktion das Streikrecht zu politischen Zwecken mißbraucht. Auch die chauvinistische Giftspritze, daß die Sowjetunion angeblich die Ehre Frankreichs beleidigt habe, weil sie vor der Anerkennung der rechtmäßigen indochinesischen Regierung Ho Chi Minh das Kabinett Bidault nicht erst ur: Erlaubnis fragte, — jenes Argument, auf das die Reaktionsäre aller Schattierungen so große Hoffnungen setzten — hat auf die Massen nicht gewirkt. Dank der hervorragenden Politik unserer französischen Bruderpartei, die es verstanden hat, der Bevölkerung klar zu machen, daß der Kampf um den Frieden unlösbar mit dem Kampf um Lohn und Brot verbunden ist, daß z. B. die Untergrundbahnfahrtscheine teurer geworden sind, weil der „schmutzige Krieg“ in Indochina und die Vorbereitung des antisozialistischen Krieges den größten Teil der Staatsausgaben verschlingen, wurden auch große Teile der nichtkommunistischen Bevölkerung von dieser Bewegung mitgerissen. Die Sozialistische Partei Frankreichs geriet dadurch in eine außerordentlich schwierige Lage und läuft Gefahr, den letzten Rest

den versuchten aber mit allen Mitteln, ihnen die Annahme der amerikanischen Staatsbürgerschaft schmackhaft zu machen.

Programm des Kongresses junger Friedenskämpfer

Berlin, (Eig. Ber.) Soeben wurde das Programm des Kongresses der 10 000 jungen Friedenskämpfer, der am Pfingstsonntag ta-

Shanghais Bombardierung eine Schuld der USA

Stellungnahme der chinesischen Nachrichten-Agentur

Peking, (EB) „Der Hauptschuldige am Bombardement von Shanghai ist der amerikanische Imperialismus, erklärte die chinesische Nachrichten-Agentur NCNA zum letzten Kuomintang-Luftangriff auf die Stadt, der tausend Opfer forderte. Der Angriff wurde mit Flugzeugen ausgeführt, die die USA lieferten und von Piloten, die in den USA ausgebildet wurden. Amerikanische und japanische „Freiwillige“ beteiligten sich daran. Der Vortreiber auf das Kraftwerk, das von amerikanischen Gesellschaften betrieben wird, sei von Washington angeordnet worden, erklärt NCNA. Man sieht darin die Rache derjenigen, die ihre Ausbeutungsobjekte an das chinesische Volk verloren haben.“

Um so empörender wirkte die Nachricht, Washington habe bei der Kuomintang gegen das Bombardement des Kraftwerkes „protestiert“. In Shanghai ansässige Ausländer haben eine Intervention der UN gegen das Gemetzel der Kuomintang-Flieger gefordert. Für das chinesische Volk erklärt NCNA, die Bomben hätten die Entschlossenheit verstärkt, den Feldzug zur Einnahme Taiwans (Formosa) voranzutreiben und Tsdjangkaischek lebend zu fangen.

Sensation „Fuchs“

London, (EB) Mit ungeheurem Propaganda-Aufwand wird in der anglo-amerikanischen Presse und im Rundfunk der Fall Fuchs

gen wird, bekannt gegeben. Es wurden dazu namhafte Wissenschaftler, Künstler und Kulturschaffende aus Deutschland und allen Teilen der Welt eingeladen. Auf dem Kongreß werden neben dem Referenten viele junge Deutsche aus allen Teilen Deutschlands und ausländische Delegierte sprechen. Der Kongreß behandelt die Probleme der deutschen Jugend und ihre Beteiligung bei der Sicherung des Friedens.

Streik brachte Werksleitung zur Vernunft

Düsseldorf, (Eig. Bericht) Im Kampf um das Mitbestimmungsrecht hat die Belegschaft der Firma Benz und Hilgers in Düsseldorf einen großen Erfolg zu verzeichnen. Die Betriebsleitung hat nach einem Streik der Belegschaft eingesehen, daß sie sich mit dem „Herr-im-Hause-Standpunkt“, wie er von dem kaufmännischen Direktor Kasten gegenüber dem Betriebsrat vertreten wurde, nicht durchsetzen kann. Sie hat es indessen vorgezogen, den Scharfmacher Kasten abzurufen, womit die wesentliche Forderung der Streikenden erfüllt wurde.

1000 Fischer wurden arbeitslos

Hamburg, (EB) Ueber 1000 Fischer wurden im Laufe der letzten Woche arbeitslos, wird aus Kreisen der Hamburger Fischereiwirtschaft mitgeteilt. Ein Drittel der westdeutschen Fischereidampfer ist bereits aufgelegt.

Ist Fuchs wirklich ein käuflicher Spion?

Ist es wahr, daß ein Mann mit so hohem Bildungsniveau und mit so viel Verantwortungsbewußtsein wie Fuchs „Nachrichten über die Atomenergie, die dem Feinde nützlich sind“, verkauft hat? Es ist wahr, antwortet Herr Hoover, der Vorsitzende des Komitees für unamerikanische Umtriebe. Es ist wahr, bestätigt der britische Intelligence Service. Angenommen es sei wahr, angenommen Fuchs wäre ein käuflicher Spion, an welchem Punkt der Auflösung, verehrte Herren, ist dann euer Regime angekommen, wenn die Korruption schon die höchsten Gipfel eurer erlauchten Gesellschaftsklasse erreicht hat, und welche Blumen der Unschuld kann man für den Kranz einer solchen verwesten Bourgeoisie noch winden!

Wir haben vor einem Monat erfahren, daß die französische Generäle Revers und Mast — der erste war schon Mitglied des Generalstabs — den indochinesischen Agenten Geheimberichte ausliefern. Wir haben in Amerika einen anderen General namens Vanghan kennengelernt, der wegen unsauberer Spekulationen mit militärischer Ausrüstung angeklagt und verurteilt wurde. In dieser Angelegenheit spielte sogar der Name von Frau Truman eine Rolle. Wir haben in dem sich so sauberen England gesehen, daß einige Unterstaatssekretäre gezwungen waren, wegen weniger sauberer Geschäfte ihre Demission einzureichen. In Frankreich ist sogar die Person des Staatspräsidenten in eine lebhaft Polemik über den sogenannten Wein-Skandal verstrickt.

Heute erfahren wir aus Washington und London den Skandal Fuchs. Ist das die Welt,

die uns die herrschende Klasse anpreist? Wir gratulieren! ... Aber ist Fuchs wirklich ein Spion? Ist es sicher, daß er „Informationen“ an den Feind verkaufte? ... Welcher ehrliche Mensch hat auch nur ein Minimum an Vertrauen zu solchen Männern, die den Goebbels und Farinacci wie ein Ei dem anderen gleichen, und wohin kommt diese Denunzianten-Gesellschaft, die in der westlichen Welt die Wissenschaftler, die Künstler, die Schriftsteller hinter Schloß und Riegel setzt und anklagt, gleichgültig, ob sie frei oder unfrei sind, ob sie sich den Amerikanern unterworfen haben oder ob sie ihnen Widerstand leisten, ob sie für die Atomwissenschaft des Herrn Truman arbeiten oder ob sie sie ablehnen. Werden sich Fermi, Einstein, Hemingway vor dieser Tollheit retten können? Wann sind sie an der Reihe?

Es gibt auch Leute, die sagen, daß der Skandal Fuchs dazu dienen soll, die Engländer von der Teilnahme an der Atomaufrüstung auszuschließen, unter dem Vorwand, daß sie sich mangelnde Wachsamkeit zuschulden kommen ließen. Es gibt auch Leute, die berichten, daß der Skandal in das Konzept Churchills und der Konservativen am Vorabend des Wahlkampfes gegen die Labour-party passe. Es gibt Leute, die hinzufügen, daß er notwendig sei, um den Bluff der Super-Bombe zu stützen. Uns genügt es, heute die Tollheit, die Furcht und Verwirrung zu unterstreichen, die dieser Fall der Atom-Diplomatie enthält, die wie der Hexenmeister der Gefangenen der Geister ist, die er selbst gerufen hat.

Wissenschaft dient dem Volke in der Deutschen Demokratischen Republik

„Verdienter Arzt des Volkes“ lautet die Ehrenbezeichnung, die sich 25 deutsche Aerzte für hervorragende Leistung im Jahre 1949 auf ihren verschiedenen Spezialgebieten erworben haben. Natürlich nicht in Adenauers Separatstaat, wo der wachsende wirtschaftliche Notstand und der kulturelle Niedergang nicht nur Arbeiter, sondern auch die Intelligenz betrifft. Was die Aerzte in Westdeutschland angeht, so ist die trostlose Lage von Tausenden junger Aerzte bekannt und wir wollen sie hier nicht näher behandeln. Ueber die wirtschaftliche Lage der Aerzte aber, die in Westdeutschland über eine eigene Praxis verfügen, berichtet z. B. „Die Neue Zeitung“ am 3. Februar unter der Ueberschrift: „Kassenärzte kündigen Bankrott ihres Standes an“. In einer Statistik der Stuttgarter „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“ werden schon im November 1949 30 400 arbeitslose Ingenieure und Techniker und 53 400 Arbeitslose der sonstigen Berufe aufgeführt. Welche Leistungen werden diese über 80 000 erwerbslose Geisteschaffenden erzielen können? Welche Ehrungen werden ihnen zuteil werden?

„Arzt sein heißt, dem Volke dienen!“ Dieses Wort kann nur dort ein wahrer Wahlspruch sein, wo das Bündnis zwischen Arbeit

und Intelligenz im Frieden zum Wohl des Volkes geschmiedet wird.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist mit der Kulturverordnung vom 31. März 1949 eine der Grundaufgaben der Organe der neuen demokratischen Ordnung festgelegt worden: Rettung, Erhaltung und Entwicklung der fortschrittlichen Kultur der Wissenschaft und Kunst. Es heißt in der Kulturverordnung, daß hervorragende Lehrer der Schulen, sowie Spezialärzte des öffentlichen Gesundheitswesens mit der Aufmerksamkeit, Fürsorge und Achtung des gesamten Volkes zu umgeben sind, und daß die Personen, an welche Ehrenbezeichnungen verliehen werden, Bevorzugungen und Vergünstigungen in Versorgung, Bildung ihrer Kinder und Gewährung von Personalrenten erhalten. Diese Verordnung wurde auch schon in vielen Fällen verwirklicht. Verdienten Wissenschaftlern, Künstlern, Technikern und Arbeitern wurde am 25. August 1949 in Weimar der Nationalpreis verliehen; hervorragenden Pädagogen wurde auf ihrem Kongreß in Leipzig am 24. August 1949 die Ehrenbezeichnung „Verdienter Lehrer des Volkes“ verliehen; vom Ministerrat wurden 61 Persönlichkeiten der Wissenschaft, Technik, Kunst und des öffentlichen Lebens lebens-

längliche Pensionen gewährt, ebenso den Hinterbliebenen von 39 solcher Persönlichkeiten.

Am 28. Januar 1950 wurde vom Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, im Beisein der Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission und der ausländischen Botschaften und Missionen die Auszeichnung von 25 verdienten Aerzten mit Ehrenurkunden und Ehrenmedaille in einem Festakt vorgenommen. Die Medaille mit dem Bild des berühmten Bakteriologen Robert Koch und den Worten: „Verdienter Arzt des Volkes 1949“, ist Symbol dafür, daß die Republik der Hebung der Volksgesundheit größte Bedeutung beizumittelt, für die sie reiche finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Das Volk ist in der Deutschen Demokratischen Republik immer und überall Träger und Nutznießer aller Arbeit und Erfolge der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

An alle aufrechten Deutschen sind die Worte des Leiters der Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Deutschen Demokratischen Republik, Professor Linser, gerichtet: „Alle friedliebenden Menschen mögen sich dessen bewußt werden, daß die Wiedergeburt Deutschlands nur als eines demokratischen Deutschlands möglich ist.“

Pressestimmen

Anerkennung Bao Dais würde britisches Prestige gefährden

Nachdem die Russen Ho Chi Minh anerkannt haben, wird auf Großbritannien in verstärktem Maße ein Druck ausgeübt werden, Bao Dai als Antwort darauf anzuerkennen. Aber Bao Dai muß zuerst gestärkt und dann erst anerkannt werden. Der erste Schritt darf nicht vor dem zweiten gemacht werden. Aller Voraussicht nach haben die Russen Ho anerkannt, weil sie ziemlich sicher sind, daß Ho gewinnen wird. ... Wir würden uns einem großen Prestigeverlust aussetzen, wenn wir Bao Dai anerkennen, ohne zuerst Schritte unternommen zu haben, die ihn vor einer Katastrophe bewahren. „The Manchester Guardian“

Atom-Monopol endgültig dahin

Aber von allem anderen abgesehen, lenkt die Aufregung über die Wasserstoffbombe nur ab und zwar insofern, als sie den Ernst der Situation verschleiern, der dadurch entsteht, daß die Sowjetunion letztes Jahr das Atombomben-Monopol durchbrochen hatte. Es kann keine größere Illusion geben, als anzunehmen, daß die Wasserstoffbombe das Gleichgewicht der Kräfte wieder herstellen wird, auf dem so viele Berechnungen in der Außenpolitik seit September 1949 aufgebaut waren.

Wenn die Öffentlichkeit, der Kongreß, das Weiße Haus und das Staatsdepartement es versäumen, ihre grundlegenden Annahmen und Berechnungen zu überprüfen, sind die Aussichten außerordentlich dunkel. Denn wir müssen annehmen, daß den amerikanischen Wasserstoffbomben schnell sowjetische Wasserstoffbomben nachfolgen werden. Das Monopol, mit dem wir bis zum September 1949 so stark rechneten, ist auf ewig dahin,

und noch so viel Gerede über die erhöhte Zerstörungskraft der Wasserstoffbombe ist kein Ersatz für die Ueberprüfung unserer Diplomatie und Strategie im Weltmaßstab, die jetzt dringend erforderlich ist. Walter Lippmann in der „New York Herald Tribune“.

„Zweifel, ob Adenauer-Regierung von Dauer sein kann“

Eine ansteigende Flut kritischer deutscher Leitartikel über Bundeskanzler Adenauer, verbunden mit dem Versagen der westdeutschen Regierung, drückende interne wirtschaftliche Probleme zu lösen, haben in den Kreisen der Westalliierten und Deutschen zum erstmaligen offenen Zweifel hervorgebracht, ob die Regierung von Dauer sein kann. ... Damit verbunden ist die wachsende Erkenntnis, daß eine wirtschaftliche Krise sich abzuzeichnen beginnt, obwohl die Schaufener voller Waren sind und die Winterschluckverkäufe große Geschäfte verzeichnen können. Das starke Ansteigen der Arbeitslosigkeit war für die öffentliche Meinung der hauptsächlichliche Schock, und Dr. Adenauer hat erst letzte Woche die beschränkte Maßnahme ergriffen, einen Ministerrat zusammenzustellen, der Maßnahmen beraten und vorschlagen soll.

Der Rücktritt des Pressechefs Dr. Adenauers, Paul Bourdin in der vergangenen Woche war das Signal für die Welle von Kritik, die die Bonner Regierung eingehüllt hat. Herr Bourdin trat zurück, weil man ihn angewiesen hatte, zu viele Meldungen zu dementieren, die wahr waren, obgleich sie unangenehm oder unschmackhaft für die Regierung waren. „New York Herald Tribune“

Kann der Bund den Wohnungsbau finanzieren?

Von Fritz Müller

Für die Millionen Flüchtlinge, Ausgebombte und Wohnungslose, war die Meldung, die im November 1949 durch die Presse ging, daß der Bund im Haushaltsjahr 1950/51 250 000 Wohnungen erstellen wollte, eine Mitteilung, die ihnen zum ersten Male seit dem Sturz der Hitlerherrschaft die Hoffnung, zu einer Wohnung zu kommen, berechtigt erscheinen ließ. Inzwischen ist immer deutlicher geworden, daß von einer tatsächlich gesicherten Finanzierungsgrundlage dieses Programms nicht gesprochen werden kann. Wurde im November von dem Bundeswohnungsminister mit einer Bestimmtheit, die den Kenner der wahren Verhältnisse überraschte, erklärt, daß die Summe von 2,5 Milliarden DM für den Bau von 250 000 Wohnungen sichergestellt sei, so mußte er sich einige Tage später von dem Bundesfinanzminister Schäffer sagen lassen, daß im besten Fall eine Summe von 1,5 bis 1,6 Milliarden DM gesichert sei. Am Finanzierungsplan kann man am besten den tatsächlichen Wert eines Wohnungsbauprogramms erkennen.

Widerspruch in den Finanzierungsplänen

Um zu beweisen, auf welch schwachen Füßen dieses Wohnungsbauprogramm steht, und welches verwerfliche Spiel mit den Hoffnungen der Ausgebombten und Flüchtlinge auf eine Wohnung getrieben wird, wollen wir eine kurze Darstellung der bisherigen „Finanzierungspläne“ geben. Nach der ersten „großzügigen“ Erklärung des Bundesministers für den Wohnungsbau, Wildermuth, daß im Jahre 1950/51 250 000 Wohnungen gebaut, und dem anschließenden kalten Wasserstrahl des Bundesfinanzministers Schäffer über die angeblich schon gesicherte Finanzierung, tauchten in der Presse Pläne auf, über sogenannte „neue Wohnungsbaufinanzierung“.

Ende November wurde davon gesprochen, daß durch Zwangssparen ein Teil der benötigten Mittel aufgebracht werden sollte. Man dachte hierbei an eine Erhöhung der Beiträge der Arbeiter und Unternehmer zur Arbeitslosenversicherung. Dabei wollte man auf Umwegen die Wohnungsbaubgaben oder Wohnraumsteuern einführen, die in den Ländern, in denen sie schon erhoben wird, schärfsten Widerstand fanden. Dieser Widerstand hat die Verantwortlichen schon soweit gebracht, daß sie den Weg der Massenbesteuerung zur Finanzierung des Wohnungsbaues als nicht gangbar erkennen. Sonst würde man in ganz Westdeutschland einen Sturm der Entrüstung auslösen, der unter Umständen die Existenz der Adenauer-Regierung in Frage stellen könnte. Daß die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge denselben Widerstand nur auf viel breiterer Grundlage hervorrufen würde, als die Baunotabgabe oder Wohnraumsteuer in den einzelnen Ländern, darüber scheint man sich in der Zwischenzeit Gewißheit verschafft zu haben.

Der Bundeskanzler erwartet...

Nachdem einige Wochen hindurch dieser Widerspruch in den Finanzierungsplänen andauernd hat, erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer in der ersten Januarhälfte, daß ab März 1950 das Wohnungsbauprogramm verwirklicht werden soll und die Finanzierung sichergestellt sei. Der Bundeskanzler erwartet, daß der Bund und die Länder für den sozialen Wohnungsbau 300 Millionen DM aus Etatmitteln aufbringen sollen. Im Jahre 1950/51 müssen die Länder mit rückläufigen Steuereinnahmen rechnen. Wirtschaftskrise und Steuerreform erzwingen dies. Woher also das Geld nehmen? Die Arbeitslosenversicherung soll 100 Millionen DM zusteuern. Uns ist bekannt, daß 1949 aus diesen Mitteln für den „Wiederaufbau“ zwar mehr als 100 Millionen DM geplant waren, aber nur 18 Millionen DM zur Verfügung gestellt wurden. Einfach aus dem Grunde, weil die Arbeitslosenversicherung bei der rapid ansteigenden Arbeitslosigkeit nicht anders konnte. Wenn man bedenkt, daß in den ersten 14 Tagen des Jahres 1950 die Erwerbslosenzahl um rund 200 000 zugenommen hat, kann man ohne Übertreibung sagen, daß von dieser Stelle im Jahre 1950 nicht einmal mit 18 Millionen DM gerechnet werden kann.

Von der Soforthilfeabgabe sollen ebenfalls 100 Millionen DM für den Wohnungsbau abgezweigt werden. Wer aber die Stimmung der nach dem Soforthilfegesetz Unter-

haltsberechtigten, und die große Differenz zwischen erwarteten und tatsächlichen Einnahmen aus der Soforthilfeabgabe kennt, weiß wie diese Nachricht auf die Unterhaltsberechtigten wirken muß.

Der einzige Posten, der zur Verfügung stehen würde, wenn...

270 Millionen DM sollen als Zinseingänge der Umstellungsgrundschuld dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Dies könnte der einzige Posten sein, von dem man sagen kann, daß er dem Wohnungsbau zur Verfügung stehen würde, wenn wir eine Regierung hätten, die eine solche Zweckgebundenheit der Mittel anerkennt. Daß dem nicht so ist, beweist uns die Tatsache, daß von 270 Millionen DM gesprochen wird. Diese Summe entspricht noch nicht einmal den jährlichen Zinseingängen, denn Bundesfinanzminister Schäffer hat mit einem Aufkommen bis zu 350 Millionen DM gerechnet.

Gezahlt wird auf dieses Konto schon seit der Annahme des Gesetzes zur Sicherung der Forderung für den Lastenausgleich vom 2. September 1948, das rückwirkend am 1. 7. 1948 in Kraft trat. Das bedeutet, daß bis zum 31. März 1950, also für 21 Monate, schon Zinseingänge zu verzeichnen sind, die ihrem Wesen nach ausschließlich für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden müßten. Was aber zur Verfügung gestellt wird, sind die Zinseingänge für das Rechnungsjahr 1950/51. Hier müßten nicht 270 Millionen DM eingesetzt werden, sondern 675 Millionen.

Eine unverständliche Rechnung

Der Kapitalmarkt soll 650 Millionen DM für die Verwirklichung des Phantasieprogramms bereitstellen, davon 350 Millionen DM aus Spareinlagen, obwohl man weiß, daß die Sparkassen im Jahre 1949 insgesamt nur einen Einzahlungsüberschuß von 360 Millionen DM hatten. Ob sie bereit sind, 80 bis 90 Prozent ihres Einzahlungsüberschusses dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, ist mehr als zweifelhaft. Daran wird auch eine eventuelle gesetzliche Verpflichtung durch den Bund für die Sparkassen nichts ändern.

Bei der sich nun in erschreckendem Ausmaß entwickelnden Krise bedarf es keiner großen Prophetengabe, um zu behaupten, daß in diesem Jahr aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mit 360 Millionen DM Einzahlungsüberschuß zu rechnen ist.

Die restlichen 360 Millionen DM sollen zu 120 Millionen aus Mitteln privater Hypothekeneinnahmen und zu 150 Millionen aus Versicherungsgeldern aufgebracht werden.

Adenauer-Wohnungsbauprogramm basiert auf unsicheren Faktoren

Der Bundesminister für den Wiederaufbau hat am 25. Januar 1950 vor der Presse erklärt, daß das Kabinett das Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues gebilligt hat. Nach seinen Auffassungen enthält das Gesetz im wesentlichen nur verwaltungstechnische Vorschriften. Die übrigen Voraussetzungen, insbesondere der Finanzierung, sollen anderweitig geregelt werden. Etwas vorsichtiger ist man schon geworden, denn nach den Ausführungen Wildermuths enthält das Gesetz keine Angaben mehr darüber, daß 250 000 Wohnungen gebaut werden sollen.

Als zusätzliche Finanzierungsquellen benennt der Minister den bei der Scheidemünzenausprägung anfallenden Gewinn, der ausnahmslos zur Finanzierung des Wohnungsbaues verwendet werden soll. Danach scheint festzustehen, daß die Bank Deutscher Länder sich damit einverstanden erklärt hat, daß der Gewinn durch die Münzprägung auf den Bund übergeht. Man stellt hierbei folgende Rechnung auf:

Die pro-Kopfversorgung der Bevölkerung mit Münzgeld soll 20 bis 30 DM betragen. Das würde im Währungsgebiet einen Münzgeldumlauf von 1—1,5 Milliarden DM rechtfertigen. Allerdings scheint diese Summe nicht in voller Höhe als Gewinn, denn einmal müssen die Münzen, die schon von der Bank deutscher Länder in Umlauf gebracht wurden, andererseits müssen die Prägestkosten und Materialkosten berücksichtigt werden. Man rechnet mit einem Münzgewinn von

In Wirklichkeit ist es doch so, daß die Sparkassen ihre langfristigen Mittel den Hypothekenbanken in erster Linie zur Verfügung stellen und diese dann wiederum die Hypotheken ausleihen. Wie man angesichts der sich entwickelnden Wirtschaftskrise mit dem normalen Weg der Hypothekenfinanzierung rechnen kann, ist unverständlich.

Man hofft auf Unternehmer-Darlehen...

Aus Unternehmerdarlehen erhofft man sich 400 Millionen DM. Jeder vernünftige Mensch, der die Widerstände der Unternehmer gegen die geringste Lohnerhöhung in Rechnung stellt, wird zu der Feststellung kommen, daß sie aus eigenen Mitteln nichts beisteuern werden. Sie stehen zudem unter dem Druck der Liberalisierung des Handels, der Drosselung des Handelsverkehrs mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Ausfuhr, ja sogar der Erschwerung der Absatzmöglichkeiten in Adenauers Separatstaat selbst. Dazu kommen die Folgen der gegen die Grundlagen unserer Landwirtschaft gerichteten Politik, die nun sichtbar werden dergestalt, daß die Bauern als Abnehmer von Industriewaren in wachsendem Maße ausfallen. Es ist also auch von dieser Seite für den Wohnungsbau nichts zu erwarten.

... und ERP-Gegenwertsmitteln

Aus ERP-Gegenwertsmitteln sollen 250 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Wer die Praxis der ERP-Gegenwertsmittel kennt und weiß, daß in der ersten freigegebenen Rate ein Betrag von 81,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt wurde, der bereits von den Ländern im 4. Quartal von 1949 dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stand und zum Teil vorfinanziert wurde, dem ist auch bekannt, daß aus der zweiten Rate, die 1950 bereitgestellt wird, kein wesentlicher Betrag für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen ist. Die Mittel der zweiten Rate sollen in erster Linie zur Weiterfinanzierung schon begonnener Wiederaufbauprojekte der Wirtschaft Verwendung finden.

Die Gefahr der ERP-Mittelverwendung besteht aber darin, daß nun neuerdings durch die Annahme des ECA-Vertrages die Regierung der Vereinigten Staaten die Eigentumsrechte an den Projekten erwirbt, deren Finanzierung durch Mittel erfolgt, die der Besatzungsmacht direkt oder indirekt zur Verfügung stehen. Und bei den ERP-Gegenwertsmitteln ist das der Fall. Der Prozeß der Verschuldung, des Ausverkaufs, wird durch die Verwendung der ERP-Mittel beschleunigt und begründet.

ungefähr 1 Milliarde DM, der sich auf einen Zeitraum von 4—5 Jahren erstreckt.

Wir glauben aber, daß es für den Bundesfinanzminister ein billiger Ausweg ist, durch die Prägung von Münzgeld eine Zeitlang die auftretenden Finanzschwierigkeiten zu überbrücken. Auf jeden Fall kann man hier im besten Falle mit einem Einsatz von höchstens 200 Millionen DM rechnen, die nur dann ihren Wert behalten, wenn die Regierung in der Prägung von Münzen Maß hält, was wir aber bezweifeln.

Zusammenfassend können wir feststellen: Das Adenauer-Wohnungsbauprogramm basiert auf soviel unsicheren Faktoren, daß im Ernst von keiner gesicherten Finanzierung gesprochen werden kann. Ob es für die Fliegergeschädigten und Flüchtlinge unter dieser Perspektive einen Sinn hat, sich noch länger mit Vertröstungen und Versprechungen hinhalten zu lassen; diese Frage muß verneint werden.

Der Gesetzentwurf der SPD zum sozialen Wohnungsbau gleicht in seinen grundsätzlichen Forderungen den Plänen der Regierung.

Wie kann die Wohnungsbaufrage gelöst werden?

Daß Wohnungen gebaut werden müssen, ist eine Binsenwahrheit. Die Frage ist nur, wie sie gebaut werden können. Die erste Frage ist immer wieder, wie kann der Wohnungsbau finanziert werden? Daß in Westdeutschland die arbeitsmarkt-

politischen Voraussetzungen für einen großzügigen Wohnungsbau gegeben sind, kann von niemandem bestritten werden. Trotz Demontagen und Handelsbeschränkungen ist die Rohstoffbasis und Kapazität groß genug, um bei einem planvollen Einsatz alle entstehenden Schwierigkeiten überwinden zu können.

Bei einem Besatzungskostenaufwand von 40—50 Prozent unserer gesamten Einnahmen ist ein großzügiger Wohnungsbau einfach unmöglich. Der Wohnungsbau steht und fällt, und daran ändern alle gegenteiligen Erklärungen und Pläne nichts, mit der Lösung des Problems der Besatzungskosten. Das Problem der Besatzungskosten kann aber nur gelöst werden:

1. durch die Herstellung der Einheit unse-

res Vaterlandes in einer Deutschen Demokratischen Republik und durch den Abschluß eines Friedensvertrages,

2. durch den Abzug der Besatzungstruppen.

Die wirtschaftlichen Hemmungen, die der Durchführung eines großzügigen Wohnungsbaues im Wege stehen, können nur gelöst werden:

1. durch die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit,

2. durch die Außerkräftsetzung des Ruhrstatuts und

3. durch den Aufbau einer deutschen Friedensindustrie.

Ohne die Lösung dieser Probleme ist an eine Aenderung der katastrophalen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt nicht zu denken.

Das ganze Volk ist aber an der Inangriffnahme eines Wohnungsbaues interessiert und deshalb muß früher oder später das deutsche Volk in seiner Mehrheit die Lösung der aufgeworfenen Fragen finden.

Denkt an die Zukunft unserer Kinder



Solange in Westdeutschland über 50 Prozent des Steueraufkommens für Besatzungskosten ausgegeben werden muß, können wir nicht daran denken, für unsere Kinder gesunde Wohnungen zu bauen.

Soeben ist Heft 1, Jahrgang 1950, von

WISSEN UND TAT

erschienen.

Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur — Herausgeber: Parteivorstand der KPD Chefredakteur: Alfred Drögemüller — Preis: 50 Pfennig, für Mitglieder der KPD bei Vertrieb durch die Parteiorganisationen Preis: 25 Pfennig. — Erscheint monatlich.

Aus dem Inhalt der neuen Nummer:

- Max Reimann:**
Der Kampf um die ideologische Festigung der Partei.
- Erich Jungmann:**
Die Aufgaben der KPD im Kampf um den Frieden.
- Ernst Hoffmann:**
Der parteiliche Charakter des Marxismus-Leninismus.

Albert Stasch:

Das ECA-Abkommen — ein weiterer Schritt auf dem Wege in die Kriegsfrent.

Sonderbeilage:

Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD vom 28. bis 30. 12. 1949: „Die ideologisch-politische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“.

„Wissen und Tat“ ist die einzige Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus in den Westzonen. Sie gehört daher in die Hand eines jeden Funktionärs der Arbeiterklasse und eines jeden fortschrittlich denkenden Menschen.

Der Oberste Sowjet der UdSSR

von V. Nikolajew

Am 12. März findet in der ganzen Sowjet-Union die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR statt. Überall rüsten die Werktätigen bereits heute zu diesem Tag, der von dem ganzen Sowjetvolk als ein Feiertag begangen wird. Bereits sind in den Betrieben und Gemeinden rege Diskussionen im Gang, über die Aufstellung der Kandidaten. Die Besten und Würdigsten wollen die Sowjetmensch entsenden. In vielen Wahlbezirken ist als erster Kandidat der große Führer des Sowjetvolkes, Josef Stalin, nominiert worden. Im folgenden bringen wir eine Übersicht über die Bedeutung und die Funktionen des Obersten Sowjets der Sowjet-Union.

Der Oberste Sowjet der UdSSR ist, wie schon aus seinem Namen ersichtlich, der höchste unter den Sowjets der Deputierten der Werktätigen, die durch Wahlen zustande kommenden Verwaltungsorganen in der UdSSR, durch die die Werktätigen in Stadt und Land die ihnen gehörende Staatsmacht ausüben. Die Sowjets, denen insgesamt über 1,4 Millionen Deputierte angehören, die in direkten, gleichen und geheimen Wahlen gewählt werden, leiten das gesamte Leben im Lande.

Die Zusammensetzung des Obersten Sowjets

Was stellt nun der Oberste Sowjet der UdSSR dar? Er ist das Parlament des sozialistischen Staates. In seinem Wesen aber unterscheidet er sich von einem bürgerlichen Parlament ebenso, wie sich die sozialistische Demokratie von der bürgerlichen unterscheidet.

Sehen wir zunächst einmal zu, wie sich der Oberste Sowjet der UdSSR zusammensetzt und wer dagegen im bürgerlichen Par-

lament sitzt. Der am 10. Februar 1946 gewählte Oberste Sowjet der jetzt abgelaufenen Legislaturperiode, dem in beiden Kammern insgesamt 1339 Deputierte angehören, setzt sich zum Beispiel aus 511 Arbeitern, 349 Bauern und aus 479 Angestellten und Vertretern der Intelligenz zusammen, die in der Hauptsache gleichfalls aus den Kreisen der Arbeiter und Bauern stammen. In dieser Zusammensetzung spiegelt sich die Tatsache wider, daß die Macht in der UdSSR den Werktätigen gehört.

Betrachten wir zum Vergleich die Zusammensetzung des Parlaments in England, dem klassischen Lande der bürgerlichen Demokratie. Im Oberhaus, dessen Sitze bekanntlich erblich sind, bzw. auf Grund von Aemtern und Würden oder durch königliche Ernennung vergeben werden, sitzen 20 Herzöge, 28 Marquis, 116 Grafen, 79 Viscounts, 483 Barone, 2 Prinzen „königlichen Geblüts“ usw., abgesehen von etwa zwei Dutzend Peers, die der Labour-Partei angehören und ihre Sitze für gewisse Dienste um die englischen Monarchen erhalten haben. Auch im Unterhaus ist vom Volk nicht viel zu spüren. Dem vorigen Unterhaus z. B. gehörten 114 Bankiers, 139 reiche Rentiers, 27 Großgrundbesitzer und 37 Großindustrielle an. Dann kamen kleinere Industrielle, geistliche Würdenträger, Generale, Labour-Führer und ganze ... fünf Arbeiter. Nach dem Wahlsieg der Labour-Partei im Jahre 1945 änderte sich die Zusammensetzung des Unterhauses nur insofern, als das Kleinbürgertum ausschlaggebend wurde.

Der Aufbau des Obersten Sowjets

Der Oberste Sowjet der UdSSR besteht aus zwei gleichberechtigten Kammern, dem

Sowjet der Union und dem Sowjet der Nationen der Sowjetunion zwei Kammern zu schaffen, ergab sich daraus, daß die Bevölkerung der UdSSR sich aus einer großen Zahl von Nationalitäten zusammensetzt, die zudem noch bezüglich der Volkszahl große Unterschiede aufweist, von den 100 Millionen des russischen Volkes bis zu dem Volk der Nenzen (Samojeden), das kaum 10 000 Köpfe zählt.

Alle Nationalitäten der UdSSR sind, je nach ihrer Volkszahl und ihren Möglichkeiten, in verschiedenen nationalen Staatsgebilden organisiert. Da gibt es die Unionsrepubliken, die souveräne Staaten sind und der UdSSR auf Grund freiwilligen Beitritts angehören; ferner die autonomen Republiken, die zum Bestand der Unionsrepubliken gehören, aber in den Grenzen ihres Territoriums die Staatsmacht auf autonomer Grundlage ausüben; und schließlich die autonomen Gebiete und die Nationalen Bezirke, die ebenfalls ihre eigenen staatlichen Macht- und Regierungsorgane haben. Gabe es nur eine Kammer, so hätte natürlich das soeben erwähnte Volk der Nenzen, das zahlenmäßig nur ein Zehntausendstel des russischen Volkes darstellt, keinerlei Aussichten auf Vertretung im Obersten Sowjet. Eben deshalb besteht neben dem Sowjet der Union, in den je 300 000 Einwohner einen Deputierten wählen, der Sowjet der Nationalitäten, in dem jede Unionsrepublik, unabhängig von ihrer Bevölkerungszahl, durch 25 Deputierte, jede autonome Republik durch 5 Deputierte, jedes autonome Gebiet durch 5 Deputierte und jeder Nationale Bezirk, darunter auch die Nenzen, durch einen Deputierten vertreten ist.

Hieraus geht hervor, daß die Aufgabe des Zweikammersystems im sozialistischen

Staat eine wesentlich andere ist als im bürgerlichen Staat. In bürgerlichen Staaten hat das Oberhaus, das gewöhnlich reaktionärer ist als das Unterhaus, die Aufgabe, die Arbeit des Unterhauses zu bremsen, das manchmal unter dem Druck der Massen notgedrungen fortschrittlichere Beschlüsse faßt, als dies den herrschenden Kreisen genehm ist. Im sozialistischen Staat hingegen trägt das Zweikammersystem, wie wir gesehen haben, dazu bei, daß die Interessen der Gesamtbevölkerung möglichst weitgehend vertreten werden.

Die Funktionen des Obersten Sowjets

Wenden wir uns nun den Rechten zu, die der Oberste Sowjet der UdSSR genießt. Auch hier sehen wir einen wesentlichen Unterschied gegenüber den bürgerlichen Parlamenten. Der Oberste Sowjet der UdSSR ist das höchste Organ der Staatsgewalt der Sowjetunion. Es gibt im Lande kein anderes staatliches Machtorgan, das über ihm stünde oder die gleiche Machtvollkommenheit besäße wie er. Ausschließlich dem Obersten Sowjet der UdSSR steht das Recht zu, Gesetze mit Geltung für die gesamte Union zu erlassen und den Staatshaushalt zu bestätigen. Nur er hat das Recht, die Verfassung zu ändern. Der Oberste Sowjet bestimmt die Zusammensetzung des Ministerrats, ernennt den Staatsanwalt der UdSSR und wählt den Obersten Gerichtshof der UdSSR sowie die besonderen Gerichte. Der Oberste Sowjet der UdSSR entscheidet die wichtigsten Fragen in den Beziehungen mit ausländischen Staaten, er entscheidet über Krieg und Frieden. Nur er hat das Recht, Beschlüsse über die Aenderung der Grenzen zu fassen.

Diese dem Obersten Sowjet der UdSSR durch die Stalinsche Verfassung übertragenen Rechte machen solche Uebergriffe, wie sie im westdeutschen Parlamentarismus alltäglich sind, zu einer Unmöglichkeit. (Man denke nur daran, wie beispielsweise Nationalitäten, die beide auf die Dauer von vier

Jahren gewählt werden. Die Notwendigkeit, der „Bundeskanzler“ Adenauer über so entscheidende Fragen wie das Ruhrstatut und das Schicksal des Saargebietes über die Köpfe des westdeutschen „Parlaments“ hinweg mit ausländischen Mächten verhandelte).

Fast alle bürgerlichen Parlamente müssen sich in die oben genannten Rechte mit dem König oder dem Präsidenten der Republik teilen, die häufig sogar ein Vetorecht gegenüber Parlamentsbeschlüssen besitzen und in jedem Fall dem Parlament gegenüber nicht verantwortlich sind. — Falls das Parlament Maßnahmen des Präsidenten nicht einverstanden ist, kann es nur bei dem sogenannten Verfassungsgerichtshof gegen ihn Klage führen.

In der UdSSR steht an der Spitze des Staates ein „kollegialer Präsident“, nämlich das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, das aus dem Vorsitzenden, 16 Stellvertretern des Vorsitzenden (analog der Zahl der Unionsrepubliken) und 15 weiteren Mitgliedern besteht und von dem Obersten Sowjet der UdSSR aus seiner Mitte gewählt wird. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR übt in der Zeit zwischen den Tagungen des Obersten Sowjets der UdSSR die Staatsgewalt im Lande aus und ist dem Obersten Sowjet für seine ganze Tätigkeit rechenschaftspflichtig. Alle Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, die von ihm auf Grund der für die gesamte Union geltenden Gesetze und in den Grenzen der ihm durch die Verfassung gewährten Rechte herausgegeben werden, bedürfen der nachfolgenden Bestätigung auf der nächsten Tagung des Obersten Sowjet der UdSSR.

Sowjet in Kürze über Zusammensetzung, Aufbau und Funktionen des Obersten Sowjet der UdSSR, des höchsten Organs der Staatsgewalt der UdSSR, zu dessen Wahl sich die Werktätigen in der Sowjetunion gegenwärtig rüsten.

Kopfrechnen schwach

Lieber Leser! Können Sie mer vielleicht helfen? Ich kumm nämlich etzt grad numme druf. I de Schul hon i g'lernt, daß d' Hälfte vu 100 Prozent 50 Prozent seid, und daß 60 Prozent demnoch meeh als d' Hälfte sind. Aber etzt hon i de „SÜKKURIER“ g'lese, und do hon-i afgange z'zweifele, ob i recht hon.

De „SÜKKURIER“ hot nämlich im-e große Artikel g'schriebe, daß bi de Wahl zum Schdüdente-Rat im Berliner Osch-Sektor e „klare Mehrheit“ gege „di kommunistische Kandidat“ rauskumme sei. (I hon immer g'mont, derat kann mer überhaupt nint sage gege die „kommunistisch Diktatur“?)

Amlich feschtg'schdelit wore isch jedenfalls, daß

1. gar koni „kommunistische“ Lischde ufgeschelit wore sind,

2. die Lischde vu de „Nationale Front“, wo de „SÜKKURIER“ wahrscheinlich noch altem Rezept als „Kommunistische“ veschrieit will, 60 Prozent vu alle Schdimme griegt hot.

I frog mi bloß, wieso 60 Prozent Schdimme für die „Nationale Front“ e „klare Mehrheit“ gege die „Nationale Front“ sind.

Wenn bi uns jedenfals d' CDU 60 Prozent vu alle Schdimme hot, behauptet de „SÜKKURIER“ sicher it, daß e „klare Mehrheit“ gege d' CDU gdschimm't het.

Etz gli't's nu no zwei Möglicheite. Entweder d' bürgerliche Blättern vu de Art vum „SÜKKURIER“ hond für Wahlergebnis us de Deutsche Demokratische Republik wo-nene it passed, e neues Rechensyschem igführt, wo zeh geteilt durch zwei gleich siebe isch, oder — ja oder — di Komschander Redakteur hond en Nachhilfe-Unterricht in Kopfrechne nötig.

E dritte Möglicheit aber wär die: mer bschdelit derartige Lüge- und Hetzblättern einfach ab! Vielleicht lerne sie dean z, Komschdanz a de sinkende Bschdeller-Zahle schneller s' Kopfrechne widder.

Wir werden uns eine glückliche Zukunft erkämpfen

Von Hans Schäfer, Landesvorstandsmitglied der FDJ Baden

Freiburg. In der heutigen Ausgabe dieser Zeitung wird eine amtliche Bekanntmachung veröffentlicht, die sich mit dem Aufenthalt von Jugendlichen unter 18 Jahren in den öffentlichen Tanzveranstaltungen beschäftigt. Hierzu erklärt das Stadtjugendamt Freiburg u. a.: „Wir trafen in einigen Sälen die „reinsten“ Kindergärten an, berichtete ein Beamter der Kriminalpolizei nach einer Rundfahrt zu den Tanzveranstaltungen der Freiburger Vororte. Zu Hunderten hätten schulpflichtige und kaum der Schule entwachsene Buben und Mädchen an Wänden und Theken herumgelungert. Leidenschaftlicher als die Großen hätten manche „wie noch nie...“ ihren Samba aufs Parkett gelegt. Der Kripo-Besuch machte der zweifelhaften Freude dieser Gernegroße ein vorzeitiges Ende. Noch weniger erfreut waren jene schlaftrunkenen Eltern, denen ihre jugendlichen Töchter zur mitternächtlichen Stunde daheim übergeben wurden. Ob sie eine Lehre daraus zogen? Es wäre zu wünschen, weil es nicht nur ein Erziehungsrecht, sondern auch eine Erziehungspflicht gibt. Diese Eltern werden künftig außer der Schlafunterbrechung noch eine Rechtfertigung vor dem Vormundschaftsrichter auf sich nehmen müssen. Denn sie sind verantwortlich für die Erziehung ihrer Kinder.“

So einfach ist es nicht

Das Stadtjugendamt Freiburg macht sich die Sache allerdings sehr leicht. Es stellt einige Dinge fest, die zweifellos nicht zu bestreiten sind und über deren Auswirkungen auf die Entwicklung der Jugend man sich ernsthafte Gedanken machen muß. Aber das Stadtjugendamt geht mit keinem Wort auf die Ursachen dieser Zustände ein. Nehmen wir nur die Frage der Beschäftigung und Entlohnung der Jugendlichen im Betrieb und die Frage der Arbeitslosigkeit der Jugendlichen. Es ist bekannt, daß trotz aller Anstrengun-

gen, die die Jugendorganisationen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bisher unternommen haben, noch keine wesentlichen Fortschritte hinsichtlich der Jugendlohn erzielt wurden und besonders die Lehrlinge oft nicht das Allernotwendigste am Monatsende nach Hause bringen. Ist es da ein Wunder, wenn die Jugendlichen, denen die Mittel für anspruchsvollere Freizeitgestaltung fehlen, in den Tanzsaal gehen, wo sie für relativ wenig Geld unter ihren Freunden ein paar vergnügte Stunden erleben können? Kann man es den arbeitslosen Jugendlichen verdenken, daß sie eine Ablenkung suchen?

Ursachen liegen nicht bei der Jugend

Aber das allein ist noch nicht alles. Die Jugendlichen, die aus dem Elend der westdeutschen Wirklichkeit in die Tanzsäle oder das Kino flüchten, stehen vor dem Unterdrücker u. anderer Kreise unter einem Druck der sie gerade zu zweifelhaften Vergnügungen wie abendliche Tanzveranstaltungen treibt. Es ist dies der Druck auf die westdeutsche Jugend, der ihnen von jeder politischen Tätigkeit abrä't, ja sie ihnen verbietet mit der Androhung, sie andernfalls aus dem Betrieb zu entlassen. Wir meinen hier die Tätigkeit der Jugend in den fortschrittlichen Jugendorganisationen. Nehmen wir nur einige Beispiele dafür, wie der Druck dieser Kreise aussieht. Da werden Jugendliche, die für die Interessen der gesamten deutschen Jugend eintreten, verhaftet und vor Gericht gestellt. Da werden Schaukästen heruntergerissen, in denen Jugendliche ihren Willen zum Kampf für den Frieden ausdrücken. Da werden Jugendliche provoziert, die im Betrieb für höheren Lohn und eine bessere Zukunft der Jugend eintreten. Selbst einige Gewerkschaftsfunktionäre haben noch nicht begriffen, daß der Druck auf diese Jugendlichen bewußt durch die westdeutsche Reaktion ausgeübt wird — oder sie wollen es nicht begreifen. Sonst könnten sie sich nicht dazu hergeben, ebenfalls das Trommelfeuer gegen fortschrittliche Jugendliche mitzumachen.

Wir sollen Rechenschaft geben?

Wir haben jetzt zwei Dinge betrachtet, die in ursächlichem Zusammenhang damit stehen, daß wir so viele Jugendliche auf den Tanzböden finden — das Elend und den Druck der Reaktion auf die westdeutsche Jugend. Es sind dies nicht die einzigen Ursachen, wir wollen auch nicht in diesem Zusammenhang auf alle Einzelheiten der Jugend-

not in Westdeutschland eingehen. Aber gerade die Zellen des Stadtjugendamtes Freiburg zeigen einen bedeutenden Ausschnitt aus dieser Not und werfen ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse, die wir auch in Südbaden antreffen, obwohl sie in anderen Ländern Westdeutschlands noch viel schlimmer sind. Wir wehren uns aber dagegen, daß das Stadtjugendamt, das der Aufsicht des badischen Innenministeriums unterstellt ist, so einfach davon spricht, es gebe nicht nur ein Erziehungsrecht, sondern auch eine Erziehungspflicht und daß es damit droht, daß die Eltern zur Rechenschaft für das Verhalten ihrer Kinder gezogen werden.

Wir rufen zum Kampf auf

Zur Rechenschaft müssen diejenigen gezogen werden, die an dem Elend in Westdeutschland und damit auch in Südbaden die wirkliche Schuld tragen. Zur Rechenschaft werden wir die Bonner Regierung ziehen, die bewußt die Arbeitslosigkeit auch der Jugend herbeigeführt hat, um sie dafür um so besser in neue Uniformen stecken zu können. Zur Rechenschaft werden wir diejenigen auch in Südbaden ziehen, die die Spaltung Deutschlands immer mehr vertiefen und damit dazu beitragen, daß das Elend auch unter der Jugend immer größer wird und ihr manche Hoffnung auf eine bessere Zukunft genommen wird. Zur Rechenschaft werden wir diejenigen ziehen, die ihre Macht dazu benutzen, die Jugend unter Druck zu setzen und sie am Kampf für ihre Interessen zu verhindern.

Wir, das ist die deutsche Jugend, die das Elend und ihre Not überwinden will. Die Jugend, die in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Schulen und Universitäten, auf den Bauernhöfen und in den Städten für die Interessen ihrer Kameraden kämpft und sich durch keinen Versuch ihrer Feinde einschüchtern läßt. Wir, das sind junge Menschen, die ihr Vaterland lieben und bereit sind, für dieses deutsche Vaterland, für seine Einheit und Unabhängigkeit zu kämpfen, die bereit sind, sich in die Front aller friedliebenden Kräfte der Welt unter der Führung der Sowjetunion für den Frieden einzusetzen. Wenn die westdeutsche Jugend diesen einzigen Weg zur Sicherung ihrer Zukunft erkennt, sich gemeinsam und einig für ihre und die Zukunft Deutschlands einsetzt, dann werden die Jugendlichen ihre Freizeit nicht mehr auf den öffentlichen Tanzböden verbringen, sondern mit der fortschrittlichen Jugend der Welt den Kampf für eine glückliche Zukunft zu einem siegreichen Ende bringen!

Keinen Pfennig den Kriegstreibern

Stadtratssitzung in Freiburg

Am heutigen Dienstag, 14. Februar, 16 Uhr, findet in der Aula des Rathauses eine öffentliche Sitzung des Freiburger Stadtrats statt. Auf der Tagesordnung steht der Entwurf des Haushaltsplanes für 1950, und falls die Zeit ausreicht, neben dem Bericht über den Wiederaufbau, der Frage eines Zuschusses an das Jugendbildungswerk und die Beschaffung von Mitteln für das Deutsche Olympische Komitee der unerhörte Antrag des Oberbürgermeisters auf finanzielle Unterstützung eines „autonomen Instituts für die Prüfung der Voraussetzungen eines geeinten Europas“. Wir rufen vor allem die Kriegsverstörten auf, sich in der Sitzung einzufinden, um bereits durch ihr Erscheinen dafür einzutreten, daß sie und die gesamte Bevölkerung Freiburgs nicht bereit sind, ein Institut zu unterstützen, das unverhüllt zur Vorbereitung eines neuen Krieges dient. Jeder Versuch, etwa aus

Steuermitteln der Freiburger Bevölkerung eine solche Angelegenheit zu finanzieren, muß auf den breitesten Protest aller den Frieden erstrebenden Menschen stoßen.

Der Polizeibericht meldet:

Villingen. Die Schutzpolizei der Stadt Villingen meldet zwei Festnahmen wegen Betrugs und Landstreicherei, sowie einen Fahrraddiebstahl. Acht Personen wurden angezeigt wegen unehelichem Zusammenleben, Verübung groben Unfugs (Schlägerei in einer hiesigen Wirtschaft), Widerstand und Unterlassung der Gehwegbestreueung bei Glattels. 51 Personen mußten wieder gebührenpflichtig verwahrt werden wegen Uebertretung der StVO, groben Unfugs, Ruhestörung, Unterlassung der Gehwegbestreueung bei Glattels und Nichtmitführens der Kennkarte.

Am 2. Februar stürzte in einem Hause in der Rosengasse ein 50 Jahre alter Mann die Treppe im Hausflur hinunter, wobei er sich eine leichte Gehirnerschütterung und eine Platzwunde unter dem linken Auge zuzog. Der Verletzte mußte ins Städt. Krankenhaus verbracht werden. Außerdem wurde am 5. Februar ein 33 Jahre alter Kraftfahrer von Villingen beim Verlassen eines Wirtshauses von bis jetzt unbekanntem Täter angefallen und niedergeschlagen. Der Verletzte erlitt eine 5 cm lange Wunde auf der Schädeldrücke und starke Schwellungen an der linken Schläfenseite. Er konnte nach einer Krankenhausbehandlung wieder nach Hause gebracht werden.

Außerdem verzeichnete die Kriminalpolizei 5 Festnahmen wegen Betrug und Urkundenfälschung, Diebstahl, Mittäterschaft an einem Diebstahl sowie Betrug.

Die Gendarmerie des Landkreises Villingen meldet fünf Festnahmen wegen Betrugs und Landstreicherei. Angezeigt wurden noch acht Personen wegen fahrlässiger Körperverletzung und Uebertretung der StVO, Diebstahls und Milchfälschung sowie Nichtauszeichnung der Preise.

Vom VdK Baden-Baden

Der Kreisverband Baden-Baden der Kriegsverwundeten, Hinterbliebenen und Sozialrentner rief seine Mitglieder und sonstigen Interessenten zu einer Versammlung in der Gaststätte Krokodil zusammen. Die Ausführungen des Landesvorsitzenden Kopp gaben einen guten Überblick über den Stand der Dinge. Das Referat des Leiters der Rechtsschutzabteilung Lange ging, wenn auch viel zu ausführlich, noch auf manchen heiklen Punkt ein.

Der Verband hat schon oft sein Gewicht in die Waagschale geworfen, besonders bei der Neufassung der Versorgungsgesetze. In diesem Punkte konnte manchmal das schlimmste verhütet werden und es gilt auch weiterhin, rechtzeitig den nötigen Einfluß auf die Gesetzentwürfe zu nehmen.

Eine besonders verhängnisvolle, ja schädliche Rolle muß immer noch der Bürokratismus spielen, der scheinbar vergrößert, daß hinter den Aktenvorgängen Menschenschicksale stehen und hier nach angeführten Beispielen unerhörte Verschleppungen und offensichtliche Fehler teile vorkommen. Da könnte die Einrichtung eines Versorgungsgerichts viel helfen. Der Beschluß wurde bereits vom Landtag gefaßt, aber bisher war die Regierung nicht fähig, einen Entwurf einzureichen. (Hierbei müssen wir daran denken, wie schnell Gesetze vorgelegt werden, die z. B. neue Einnahmen, lies Massensteuern, bedeuten, etwa Notopfer Berlin.)

Im übrigen müßte für den Verband die wichtigste Aufgabe die Erhaltung des Friedens sein, denn das vollkommenste Versorgungsgesetz heilt die Schäden an Leib und Seele nicht, sondern kann nur immer ein Notbehelf bleiben. Die vornehmste Sorge muß die sein, daß es mit uns Deutschen nie mehr so weit kommt, wie der Landesvorsitzende Kopp sich ausdrückte: „daß wir als Soldat draußen waren, um den Befehl zu befolgen und die Pflicht zu erfüllen“. Wenn der erste Befehl, Soldat zu werden, verhindert wird bleiben auch alle Not und Elend eines Krieges uns erspart.

UMSCHAU IM LANDE

Die Bodensee-Schiffe
Ueberlingen. Insgesamt 24 deutsche Schiffe sind gegenwärtig auf dem Bodensee eingesetzt. Sie verfügen zusammen über 13900 Plätze. Die Schweiz hat vier Schiffe im See, Oesterreich die gleiche Anzahl.

Die Nichte unter dem Bett
Stockach. Ein Ehepaar wurde beim Nachtessen durch ein verdächtiges Geräusch gestört. Der richtigen Vermutung folgend, stellten sie zunächst einmal fest, daß die 600 DM, unter der Matratze wohlverwahrt, verschwunden waren. Dafür fanden sie ihre 43jährige Nichte mit dem Geld in Hausschuhen und Trainingshosen unter dem Bett. Die Dame hatte sich unbemerkt in die Wohnung ihrer Verwandten eingeschlichen.

Mütterberatungsstunde
Villingen. Am Donnerstag, 16. Februar, nachmittags von 14—15.30 Uhr, findet im Sankt-Nikolaus des Roten Kreuzes unter dem Rietor in Villingen die nächste kostenlose Mütterberatungsstunde des Staatlichen Gesundheitsamtes statt. Das Rachtisschutzmittel „Vigantol“ wird verabreicht.

Sprechtag für Kriegsverwundete
Villingen. Die orthopädische Versorgungsstelle Freiburg hält den nächsten orthopädischen Sprechtag für alle Flieger- und Kriegsverwundeten der Stadt- und Landkreise Villingen und Donaueschingen, die einer orthopädischen Versorgung bedürfen, am Freitag, den 17. Februar, ab 9 Uhr vormittags, im

Gasthaus zum „Grünen Baum“ in Donaueschingen in der verlängerten Josefstraße ab. Beschädigte, die zum erstenmal einen Antrag auf orthopädische Betreuung stellen, müssen nachweisen können, daß ihr Leiden einer Dienst- oder Wehrdienstfolge entspringt; als Ausweis dienen der Rentenbescheid des Kriegsversehrenfürsorgeamtes und die Kennkarte. Im übrigen dient auch dieser Sprechtag der Untersuchung, Anordnung und Begutachtung orthopädischer Maßnahmen.

Jugendstunde der Gewerkschaftsjugend
Rastatt. Die nächste Jugendstunde der Gewerkschaftsjugend in Rastatt findet nochmals im Sitzungszimmer des Kreisrauschusses, Rastatt, Kaiserstraße 16, statt und zwar am Mittwoch, den 15. Februar 1950, abends 19.30 Uhr. Hierzu ist die gesamte Betriebsjugend freundlichst eingeladen.

Internationale neue Musik Donaueschingen
Die Gesellschaft der Musikfreunde Donaueschingen veranstaltet wieder dieses Sommer am 15. und 16. Juli ein internationales Musikfest, bei dem Uraufführungen noch unbekannter Komponisten und auch unbekannt geliebte wertvolle Werke internationaler bekannter Meister durch hervorragende Künstler gemacht werden sollen. Professor J. N. David, Professor Hugo Herrmann und Professor Oskar Gerster wurden beauftragt, die Werke zu beurteilen und ein Programm für Kammermusik und Kammerchor aufzustellen. Einsendungen können an das Städt. Ver-

kehrsamt Donaueschingen mit dem Kennwort „Internationale neue Musik Donaueschingen“ eingereicht werden.

Musikerverband Oberrhein

Waldshut. Die Vorarbeiten für den Wiederaufbau des früheren Bezirksmusikerverbands Oberrhein in Waldshut, dem bekanntlich etwa 90 Blasmusiker und Streichorchester als Mitgliedsvereine angehören, sind nun soweit gediehen, daß die Wiedergründungs-Versammlung dieses Verbandes am Sonntag, den 26. Februar 1950, 13.30 Uhr, im vorderen Vereinsaal der „Krone“ in Waldshut, Kaiserstraße 45, abgehalten werden kann. Alle Kapellen des früheren Verbandesbezirks sind zur Teilnahme eingeladen und wollen Vertreter mit Handlungsvollmacht als Delegierte zu dieser Versammlung abordnen.

Namens des vorbereitenden Ausschusses: Walter Kirchberg, Karl Hildenbrand, Ernst Bartelmeß, sämtlich in Waldshut.

Diphtherie-Scharlach-Schutzimpfungen

Waldshut. Am 2. März 1950 werden in den Städten Waldshut und Tiengen für die Kleinkinder Diphtherie-Scharlach-Schutzimpfungen durchgeführt. Waldshut, 2. 3. 50, 15 Uhr im Kornhausaal, Tiengen, 2. 3. 50, 16 Uhr im Hotel Ochsen. Geimpft werden alle Kinder, die in der Zeit vom 1. Januar 1944 bis 1. Januar 1949 (1—6 Jahre) geboren und noch nicht geimpft sind, oder deren Impfung länger als drei Jahre zurückliegt.



An alle Jungen und Mädchen!
Kommt mit zum großen
Deutschlandtreffen der Jugend
Pfingsten 1950 in Berlin!
Auskunft gibt:
Landessekretariat der FDJ, Singen,
Görresstraße 4,
oder alle örtlichen Gruppen der FDJ

Zur Nachahmung empfohlen

Heidelberg. Die KPD-Wohngruppe Heidelberg-Neuenheim hat in ihrem letzten Mitgliederversammlung beschlossen, die Patenschaft für einen erwerbslosen Jugendlichen, der mit zum Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin am Pfingsten fahren will, zu übernehmen. Die Genossen von Neuenheim werden durch freiwillige Spenden für alles aufkommen, was der betreffende Jugendliche für die Tage in Berlin benötigt. Das ist ein sehr guter Beschluß, nicht wahr? Und wie heißt ihr mit, daß viele Jugendliche zum Deutschlandtreffen fahren können?

Aus dem Parteileben

Gaggenau. Am Mittwoch, den 15. Februar 1950, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Teil „Resolution des Parteivorstandes“.

Singen. Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Maggi am Mittwoch, den 15. 2., um 17 Uhr im Sekretariat.

Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Fitting am Mittwoch, den 15. 2., um 20 Uhr im Sekretariat.

Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Fahr am Mittwoch, den 15. 2., um 20 Uhr in der Gastwirtschaft „Gartenstadt“ in Singen, Rielsinger Straße.

Mitgliederversammlung des Stadttells II am Mittwoch, den 15. 2., 20 Uhr, beim Gen. Betting, Högstraße 43.

Auf allen Versammlungen sprechen Mitglieder der Landesleitung.

Radolfzell. Am Mittwoch, 15. 2., um 20 Uhr findet im „Krokodil“ eine Mitgliederversammlung statt, auf der ein Mitglied der Landesleitung sprechen wird. Es wird bestimmt für alle Genossen ein interessanter und lehrreicher Abend werden, und wir bitten um vollzähliges und pünktliches Erscheinen.

LLL-Feier in Konstanz-Wolmatingen

Wie uns jetzt erst mitgeteilt wird, hielt der Stadteil Wolmatingen der KP Konstanz vor kurzem seine Generalversammlung ab, die vor allem dem Gedanken an die Genossen Lenia, Liebknecht und Luxemburg gewidmet war. Der Stadteil nahm kritisch und selbstkritisch zu seiner Arbeit im vergangenen Jahre Stellung und beschloß auf der Grundlage der Resolution des Parteivorstandes zur ideologischen Festigung der Partei seine zukünftige Arbeit noch intensiver zu bewältigen. Die Genossen bekannten sich einmütig zum Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse, gegen die Parteifeinde und die Festigung des Friedens, um damit den Aufgaben einer marxistisch-leninistischen Partei gerecht zu werden.

SS-Bestie von unglaublicher Rohheit

Stuttgart. (Lwb.) Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer und Lagerführer im Konzentrationslager Ravensbrück, Rudolf Beer, wegen Mordes in drei Fällen, Anstiftung zum Mord, Duldung von Körperverletzungen mit Todeserfolg, Aussagerpressung und Körperverletzung Anklage erhoben. Nach der Anklageschrift hatte Beer einen Häftling des Konzentrationslagers derart mit seinen Stiefeln bearbeitet, daß dieser bald darauf starb. Einen Russen tötete der Angeklagte durch Genickschuß und ließ einen polnischen Häftling zu Tode prügeln. Wie aus der Anklageschrift weiter hervorgeht, versprach Beer demjenigen eine Schachtel Zigaretten, der einen geflohenen Häftling bei der Ergreifung erschlug. Ferner hatte Beer der Anklageschrift zufolge geduldet, daß Häftlinge mit zusammengebundenen Füßen zur Arbeitsstätte geschleift wurden. Er habe wiederholt den Befehl gegeben, Häftlinge mit gefesselten Händen aufzuhängen oder sie auf einen Prügelbock anzuschlagen, wo sie unter seiner persönlichen Aufsicht mit einem Stock geschlagen worden seien. Beer soll diese Prügelstrafe zum Teil selbst vorgenommen haben. Mit besonderer Vorliebe habe er den Gefangenen in das Gesäß getreten oder sie mit einem Ochsenzweier geschlagen. Der Termin der Verhandlung ist noch nicht bekannt.

Der Mann ist nicht mehr „Herr im Hause“

Zum neuen Familiengesetz in der Tschechoslowakei

Hundert von jungen Menschen kommen täglich in der jungen Volksdemokratie Tschechoslowakei zum Standesamt. In diesem Land, das eine neue Zukunft hat, wächst der Strom der Heiratslustigen ständig. Allein im Jahre 1947 war die Zahl der Eheschließungen ebenso groß wie in den Jahren 1921 bis 1925 zusammen.

Die Beamten des Standesamtes werden jedoch noch mehr zu tun bekommen, denn mit Beginn dieses Jahres ist ein neues Ehegesetz in Kraft getreten, das der Familie große Vorteile bringt. Das neue „Gesetzbuch für die Familie“ bringt die Prinzipien der Volksdemokratie in der Familie zur Anwendung.

Der Mann ist nicht mehr Herr im Hause. Das klingt sehr gediegen, aber es bedeutet, daß für Mann und Frau die gleichen Rechte gelten, sowohl in Hinsicht auf ihre wirtschaftliche Lage als auch im Verhältnis zu den Kindern. So hat die Frau das Recht, ihren eigenen Namen zu behalten. Das Ehepaar kann entweder den Namen des Mannes oder den der Frau tragen. Wenn beide Ehegatten ihren eigenen Namen behalten, müssen sie bei der Eheschließung angeben, welchen Familiennamen evtl. die Kinder haben sollen. Der Begriff „der Mann ist das Oberhaupt der Familie“ ist in der Tschechoslowakei verschwunden, ebenso der bekannte Begriff „väterliches Recht“. Alles, was die Familie betrifft, muß durch Ueberlegung und in Uebereinstimmung beider Ehegatten geregelt werden. Beide sind auch zu gleichen Teilen verantwortlich für die Kinder. Die Arbeit der Hausfrau und Mutter wird als vollwertig anerkannt, und sie genießt dieselben Vorteile bei den Staats-einrichtungen wie der berufstätige Mann.

Bei der Eheschließung behält jeder, was er oder sie vor der Ehe besaß. Eigentum, während der Ehe erworben, gehört beiden zusammen, ausgenommen Erbschaften, persönliche Schenkungen und Dinge für den eigenen Gebrauch.

In der neuen Regelung wird kein Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern gemacht. Kinder sind Kinder, sagt das tschechoslowakische Gesetz, und alle haben Recht auf ein glückliches Leben. Alle Eltern, ob verheiratet oder nicht, sind verantwortlich für ihre Kinder.

Der tschechoslowakische Staat tut, was er kann, um den jungen Menschen Gelegenheit zur Heirat zu geben. Das Grundgesetz garantiert werdenden und jungen Müttern besonderen Schutz. Bei der Geburt eines Kindes empfängt die Frau eine Mütterbeihilfe von 2500 Kronen. Sie hat Recht auf kostenlose ärztliche Hilfe, Aufnahme in eine Klinik und auf eine Babyausstattung. Sie bekommt ihren Lohn 18 Wochen lang ausbezahlt.

Außerdem besteht ein ausgebreitetes System von Kinderzulagen, wobei der Betrag pro Kind mit der Anzahl der Kinder steigt.

An vielen Orten gibt es Kinderkrippen für Kinder zwischen sechs Wochen und drei

Jahren, deren Mütter arbeiten. Am Ende des Fünf-Jahresplans wird die Anzahl der Krippen verdreifacht sein. Es gibt jetzt schon mehr als 1600 Kindergärten und 8000 sollen noch errichtet werden.

Alle diese Einrichtungen machen es der Frau möglich, eine Stellung in der Gesellschaft auszufüllen, das Familieneinkommen wesentlich zu erhöhen, (eine Frau bekommt in der Tschechoslowakei für die gleiche Arbeit gleichen Lohn) und gut für ihre Kinder zu sorgen. Die Gesetzgebung dieser Volksdemokratie beschützt die Familie und sichert ihre Zukunft.

Wenn die Ehe scheitert
Ist eine Ehe gescheitert und hat ihr Weiterbestehen keinen Sinn mehr, dann verlangt der tschechoslowakische Staat auch nicht, sie zu erhalten.

Wie sag ich's meinem Kinde?

Ja, wie sag ich's? Hütle ich mich wie unsere Mütter und Großmütter in Schweigen und überlasse es dem Zufall, meinem Kinde in passender oder häufiger wohl unpassender Weise Antwort auf seine Frage nach Entstehung und Entwicklung kommenden Lebens zu geben? Jede Mutter steht einmal vor diesen Fragen, und den meisten bereitet es heute noch außerordentliche Schwierigkeiten, die richtige oder überhaupt eine Möglichkeit zur vernünftigen sexuellen Aufklärung zu entdecken.

Warum eigentlich? fragte Dr. Eilfriede Acker, eine Berliner Ärztin, bei einer überfüllten Veranstaltung des Demokratischen Frauenbundes Berlin. Man sollte schon früh damit beginnen, die Kinder mit der Frage der Entfaltung des Lebens in einem dem betreffenden Alter angemessenen Rahmen bekanntzumachen, forderte die Ärztin; denn Kinder beobachten scharf und kommen, gerade auf diesem heiklen Gebiet durch falsche Umweltinflüsse verführt, häufig zu Fehlschlüssen, die ihrer späteren Entwicklung keineswegs dienlich sind. „Je jünger die Kinder sind“, meint Frau Dr. Acker, „je weniger Sexualität in ihnen entfaltet ist, um so unbefangener nehmen sie diese Dinge auf, wenn sie vom Erwachsenen selbst unbefangen, ohne den geringsten Zynismus und ohne Heimlichkeit erklärt werden.“

Die Schule kann dabei den Hauptteil der Aufklärung übernehmen. Nach Ansicht der Mediziner ist es unbedingt wünschenswert, die elf- bis zwölfjährigen Mädchen über die monatlichen Vorgänge im weiblichen Organismus zu unterrichten; denn man beobachtet heute noch eine Reihe vermeidbarer nervlicher und seelischer Schockwirkungen, die darauf zurückzuführen sind, daß die Kinder nicht wissen, was mit ihnen geschieht, wenn die monatliche Regel das erste Mal auftritt; daß sie sich krank oder gar minderwertig glauben und unter unklaren Schuldgefühlen leiden. Auch Knaben in diesem Alter soll die Schule über Pubertätserscheinungen informieren. In den obersten Klassen empfiehlt sich nach Meinung der Ärzte eine volle biologische Aufklärung; hier sei auch die Möglichkeit gegeben, über Geschlechtskrankheiten und die Gefahren eines geschlechtlichen Vagabundierens zu sprechen. Es sei nicht einzusehen warum mit jungen Leuten, die wenige Monate später ins Erwerbsleben treten oder Hochschulen beziehen, nicht offen geredet werden sollte. Vom medizinischen Standpunkt aus erscheint also eine mit der organischen Entwicklung des Kindes fortschreitende Aufklärung als notwendig.

Unsere Schulbücher werden diesen Forderungen heute noch nicht gerecht. Umso mehr ist die Mitarbeit der Eltern, vor allem der Mütter, unerlässlich, die sich von der früher üblichen Vernebelung der sexuellen Fragen endlich freimachen müssen. Eine Diskussion mit Lehrern und Eltern bei der vom DFB getragenen Veranstaltung zeigte, daß die Meinungen über die Art der Aufklärung, ja, über die primitivsten Fra-

gen, wann und von wem damit begonnen werden soll, noch weit auseinandergehen. Wir halten das Problem aber im Interesse einer vernünftigen Entwicklung unserer Kinder für so wichtig, daß wir unsere Leserinnen um ihre Meinung bitten. Was für Erfahrungen haben Sie in der eigenen Jugend oder bei Ihren Kindern gesammelt? Halten Sie die geschilderte medizinische Ansicht für richtig, und wie soll man ihr Geltung verschaffen? Sollen Schule und Elternhaus gemeinsam vorgehen, oder glauben Sie, die Aufklärung ganz dem geschulten Pädagogen überlassen zu können?

Eine Scheidung wird jedoch nicht zugelassen, wenn dadurch die Rechte minderjähriger Kinder angetastet werden. Die Verantwortlichkeit des einen Ehegatten gegenüber dem anderen bleibt auch nach der Scheidung bestehen. Das Gericht setzt die Summe fest, die der eine Ehegatte dem anderen zu zahlen hat, wenn dieser nicht für seinen Unterhalt aufkommen kann, vorausgesetzt, daß die Scheidung nicht gegen ihn oder sie ausgesprochen wurde, oder daß beide Unrecht haben.

Durch die neue Gesetzgebung in der Tschechoslowakei ist die Ehe für die Frau keine bloße Versorgungsangelegenheit mehr und für den Mann keine Spekulation, sondern sie ist eine glückliche Verbindung zweier Menschen in einer gesunden Gesellschaft.

Marenkos Erziehungsarbeit

Von Professor Otto Urbach

Auf der ehernen Tafel, die 1846 zum 100. Geburtstag des vorbildlichen Jugendlehrers Joh. Heinr. Pestalozzi am Schulhaus in Birr enthüllt wurde, wird Pestalozzi bezeichnet als Retter der Armen, Prediger des Volkes, Vater der Waisen, Gründer der neuen Volksschule, Erzieher der Menschheit.

Mit Pestalozzi hat der sowjetische Pädagoge Anton S. Marenko manchen Wegenszug gemeinsam. Marenko gab eines Tages einem seiner Zöglinge den Auftrag, vom Finanzamt der nächsten Stadt zweitausend Rubel für die Kolonie abzuholen. Der junge Mann, der noch bis vor kurzem ein richtiger Tunichtgut und Strolch gewesen war, erledigte alles und legte das Päckchen mit den Geldscheinen auf den Tisch. Ohne es nachzuzählen, schob es Marenko in den Tischkasten. Der junge Mann war erschüttert von soviel Vertrauen, aber Marenko sagte nur: „Ich weiß — du bist genau so ehrlich wie ich.“

Das hohe Ziele, das Marenko sich gestellt hatte war: aus den verwahrlosten Kindern, die nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches und dem verlorenen ersten Weltkrieg in Rußland eine Landplage geworden waren, wieder Kinder zu machen, die lachen und spielen können, aus jungen Rechtsbrechern und Verbrechern frische und gesunde Jungen und Mädchen, die ehrlich leben und arbeiten.

Durch Güte und Vertrauen verwandelte dieser geniale Erzieher Menschen, die eben noch fürs Zuchtthaus reif waren, in nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft und machte sie außerdem von Herzen glücklich.

Marenko glaube nicht an das bürgerliche Dogma, daß der Mensch durch Vererbung oder durch ein vorbestimmtes Schicksal etwa zum Verbrecher prädestiniert sein könne. Für ihn gab es keine hoffnungslosen Fälle, es „entlich nicht einmal „schwer erziehbare Kinder“, oder auch nur besondere Maßnahmen gegen „Faulpelze“ und „Hartgesottene“. Für ihn galt die — aus der marxistisch-leninistischen Lehre gewonnene — Erkenntnis von der unbedingten Wirksamkeit einer richtigen Erziehung in der Gemeinschaft, „durch die Gemeinschaft, für die Gemeinschaft.“

In zahlreichen bedeutenden und aufsehenerregenden Rundfunkvortrügen hat Marenko, der ausgehend von dem Grundsatz: „Die Sowjetfamilie ist die Keimzelle der sozialistischen Gesellschaft“, die wichtigsten

Weißes Gold häuft sich zu Bergen

Heiß brennt die Sonne auf die Erde. Mittelasiens, einen der trockensten Landstriche unserer Erde. Hier ist die Heimat der Baumwolle, des weißen Goldes der Sowjetunion. Als Heimat der sowjetischen Baumwolle erinnert Tadschikistan an eine gigantische Leiter, auf deren breiten Stufen die verschiedenartigsten Landschaften liegen. Zu beiden Seiten der großen Flüsse Amu-Darja im Süden und Syr-Darja im Norden steigen diese Stufen empor zum „Dach der Welt“, dem Pamir. Die mächtigen Gletscher und Firnfelder versorgen die Flüsse mit Wasser. Aber der größte Teil davon verdunstete bisher in den heißen Tälern und Halbwüsten Mittelasiens. Im Sommer herrscht hier bis zu 48° Hitze. Deshalb wird das Wasser überall in Mittelasiens wie ein Schatz gehütet. Wo Wasser ist, dort ist Leben und Reichtum. In Usbekistan z. B. sagt man: „Ein Tropfen Wasser ist gleich einem Tropfen Blut“. Es ist verständlich, daß der größte Teil der Bevölkerung entlang den Ufern der Flüsse wohnt.

Die Sandwüsten Mittelasiens wechseln ab mit fruchtbaren Oasen und Gebirgstälern. In endlosen Weiten dehnen sich hier die Baumwollfelder. Es ist ein prachtvolles Bild das sich dem Beschauer in Tadschikistan bietet. Von einem wolkenlosen, tiefblauen Himmel strahlt die Sonne über die vom ewigen Eis bedeckten gewaltigen Bergriesen des Pamir hinab in die fruchtbaren Täler. Entsprechend den verschiedenen Höhenlagen ergeben sich die verschiedensten Landschaftsformen. Hier sind fast alle Baumarten vertreten, von den nördlichsten bis zu den südlichsten. Dutzende von Obstsorten, Südfrüchte und die verschiedensten Weine werden angebaut. In den Unionsre-

publiken Mittelasiens Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan usw. gibt es nur einen kurzen Frühling, der von einem langen und heißen Sommer abgelöst wird. In den Jahren der Stalinschen Fünfjahrpläne und in der Nachkriegszeit wurden in allen Unionsrepubliken, besonders aber in der Usbekischen, Dutzende von Bewässerungskanälen in einem Schnellbauverfahren angelegt. Der jahrhundertalten Wasserarmut, die früher eine Ursache großer Entbehrungen der werktätigen Bevölkerung war, ist der Kampf der Sowjetmenschheit vorwärtschreitenden Sowjetmenschheit angefangen. So konnte die Aussaatfläche für die Baumwolle im vergangenen Jahr um weitere 90 000 Hektar erhöht werden. „Baumwolle“ — so sagen die Usbeken — „liebt es, mit den Füßen im Wasser zu stehen und mit dem Kopf in der Sonne“. Diese großartigen Erfolge gaben die Möglichkeit, die wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe zu lösen, die Sowjetunion in der Baumwollproduktion unabhängig zu machen. Von Jahr zu Jahr geben die Kollektivwirtschaften der mittelasiatischen Unionsrepubliken dem Lande mehr Baumwolle. Der Vorkriegsstand des Baumwollanbaus wurde bedeutend überboten. Viele Kollektivwirtschaften, Tausende von landwirtschaftlichen Brigaden erzielen eine Baumwollernte von 30 bis 40 und mehr Doppelzentner pro Hektar, beste Züchter haben es bis zu 100 Doppelzentner gebracht.

Im Zuge der raschen Durchführung des Stalinschen Plans der Umgestaltung der Natur verwandelten sich die einstmals öden Wüstengebiete Mittelasiens in fruchtbare Gärten und unüberehbare Baumwollplantagen. Das weiße Gold häuft sich zu Bergen.

ist auch für Marenko Freude der starke Motor in der Erziehungsarbeit. Die Freude des Lebens besteht im Bewußtsein und Pflichtgefühl gegenüber der sozialistischen Heimat, sie besteht in dem Vergnügen des Einzelnen, sein Glück im Streben nach dem Glück der Gemeinschaft zu finden.

Denn das Leben, ganz besonders auch das Leben des heranwachsenden Menschen, ist nicht nur eine Vorbereitung für die Zukunft, sondern auch unmittelbare, lebendige Freude.

Marenko wurde im Jahre 1939 durch einen frühzeitigen Tod im Alter von 51 Jahren aus vollem Schaffen gerissen.

Kulturnotizen

Die Sowjetunion hat zehnmal mehr Bibliotheken pro Kopf der Bevölkerung als die USA. In der Sowjetunion kommt auf je 2000 Menschen eine Volksbibliothek, in den USA dagegen nur eine auf je 20 000 Menschen. Die Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern hält es für unvorteilhaft, den Bildungsdrang der breiten Massen zu unterstützen. Die sowjetischen kulturellen Bestrebungen sind denen in den kapitalistischen Ländern weit überlegen.

Die erste Heim-Volkshochschule der Deutschen Demokratischen Republik wird jetzt in ehemaligen Studentenheim in Köthen eingerichtet. Während des Winters finden dort Lehrgänge statt, die vor allen Dingen für die Landbevölkerung bestimmt sind. Die Hörer können gleichzeitig in dem Heim wohnen.

Begrüßung von wenigstens 120 Theatern — es gibt zur Zeit in den Westzonen und in Westberlin 139 — sprach sich der Kulturdezernent des Deutschen Städtetages in Köln aus. — Unter der Ueberschrift „Herr Doktor geht hauseren“ behandelt die Lübecker Zeitung das Aertzelnde in Westdeutschland. Abgesehen von den vielen Mediziner, die nur für ein Handgeld arbeiteten, seien zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen allein über 2000 Aertze arbeitslos. Mir graut vor dem nächsten Jahrzehnt! rief deshalb ein bekannter Arzt auf einem Mediziner treffen in Hannover aus.



Roman von LUDWIG TUREK

Copyright Dietz-Verlag Berlin

8. Fortsetzung

Britten sprach weiter: „Noch waren die ersten Späne nicht auf diese stündige Erde gefallen, als eine geheimnisvolle Kraft ihnen das Bohrinstrument aus der Hand schlug, ihren Geist in die ersten Kinderjahre zurückversetzte und ihre Haut grün verfärbte. So sind sie wieder zu Kindern geworden und müssen noch einmal beginnen. Die Strafe ist gerecht und voller Weisheit. Wir aber wissen nun, daß große wundersame Kräfte in der Goldenen Kugel wirken, die eine willkürliche Zerstörung erfolgreich abzuwehren vermögen. Darum, liebe Freunde, gehen wir hin, sprechen zu allen Menschen von diesem Ereignis und helfen mit, das erhabene Werk zu erfüllen.“

Britten kletterte vom Wagen herunter. Die Masse aber drängte sich noch lange um den Dogcart, auf dem die beiden Uebel-täter wie verängstigte Kinder bitterlich weinten.

Mit dem ersten Morgenstrahl führen Bill und Sin nach New York. Taylor und Leiders saßen hinten auf der heruntergelassenen Klappe des Wagens. Der lange Fuchs griff mächtig aus. Immer noch strömten Menschen aus der Stadt zur Kugel hin. Eine Kolonne marschierender Soldaten mit britischer leichter Artillerie begegnete ihnen.

Sin legte ihren Arm um Bills Schulter: „Das wäre eine Gelegenheit, Brittens Worte von gestern Abend zu wiederholen.“

Bill stoppte und richtete sich auf. Als die ersten Soldaten den Dogcart erreicht hatten, ließ Bill Taylor und Leiders aufstehen und stellte sie der Truppe mit lauten Worten vor:

„Jungs, seht euch diese Männer an! Dieser ist Jack Taylor von der Kriminalpolizei, und das hier ist Steffen Leiders, sein Gehilfe. Sie haben heute nacht versucht, mit einer Bohrmaschine die Goldene Kugel anzuknabbern. Es ist ihnen äußerst schlecht bekommen. Seht selbst, ihr Gesicht ist grün geworden. Aber das ist nicht das Schlimmste. Viel schlimmer ist, daß sie den Verstand verloren haben. Sie sind zu kleinen Kindern geworden. Sie können weder lesen noch schreiben, wissen nicht mehr genau, wo sie wohnen. Ich sage euch, Jungs, sie können sich nicht einmal mehr zur rechten Zeit die Hosen herunterziehen. Warum sage ich euch das? Damit ihr Bescheid wißt; denn in der Kugel sind Kräfte, viel mächtiger als eure Auftraggeber. Laßt euch nicht mißbrauchen und sagt den anderen, was ihr hier gesehen und gehört habt.“

Trotz gegenteiliger Kommandos hatten die Soldaten einen dichten Kreis um den Wagen geschlossen. Das Staunen in ihren verschwitzten und vom Nachtmarsch müden Gesichtern wuchs, als Taylor die geschlossenen Flüsse an die Augen führte und jämmerlich zu weinen begann. Leiders brachte es nur zum Schluchzen, die streichelnde Hand Sins vermochte ihn zu trösten. Mit

gesenktem Kopf und mit dem Finger in der Nase, sah er mißtrauisch zu den Soldaten hinunter. Kein Wort des Scherzes löste sich aus dem Ring. Ernste Blicke gingen zu der gewaltig in den Himmel ragenden Kugel hin und kamen wieder zurück zum Wagen mit den beiden Grüngesichtigen.

Jemand sagte: „Dann ist es vielleicht besser, erst gar nicht hinzugehen?“

Bill lächelte. „Hingehen könnt ihr. An-fassen könnt ihr auch. Millionen sind schon dort. Aber ich rate euch ab, was Schlechtes zu unternehmen, gleichgültig, wer es kommandiert. Auch Taylor und Leiders wollten die Goldene Kugel nicht für sich persönlich in die Tasche stecken.“

Noch eine Frage kam: „Ist denn der Riesensack wirklich aus Gold?“

Bill nickte, und Sin antwortete: „Ja, er ist aus Gold!“

Der Soldat lachte kurz: „Verständlich, daß einige Leute in Aufregung geraten sind.“ Ein anderer wollte noch wissen: „Und wer sitzt drin in dem Ballon?“

Bill zuckte mit den Schultern. „Hat sich noch nichts gezeigt bis jetzt. Aber es muß ja was dahinterstecken, wenn sie dich durch die Wand zum Kleinkind herunterschrauben können.“

Und er hatte noch einen Einfall, den er mit einem ironischen Lächeln unterbreitete: „Mach doch mal eine Probe. Junge. Wie weit schießt deine Kanone? Ich wetten, die Granate ist noch nicht aus dem Rohr, und du bist schon genau so grün und heult genau so blöde wie dieser hier.“

Einer der Kameraden rief herüber: „Mit der Verblödung könntest sie dir ja nichts mehr anhaben. Aber das würde deinem Teint schaden. Laß lieber die Finger davon.“ Nun wurde doch noch gelacht.

Der Fuchs drängte langsam aus dem Kreis heraus und trabte mit weitausholenden Hufen in vorzüglicher Manier an der Kolonne vorbei, die verwunderten und nachdenklichen Blicke der Soldaten hinter sich herzie-

hend.

Gegen Abend waren Bill und Sin in der Stadt. Taylor und Leiders an der Hand, gingen sie zum Chef der Polizei Bernard Cor-

don zog die starken Brauen hoch in die Stirn. Zwischen den etwas vorstehenden Zähnen zitterte leicht die Tabakspfeife.

Taylor und Leiders, gestern noch die besten Kriminalisten der Stadt, betrachteten ihn aus neugierigen Kinderaugen. Er sah ihre Blicke mißtrauisch an seinen starken Brauen haften. Alle Fragen, die der sonst so geltsgegenwärtige Cordons stellte, waren verwirrt zeigten von äußerster Bestürzung und blieben ohne Antwort.

Nachdem Bill die Geschichte Taylors und Leiders erzählt hatte, bestellte der Chef einen Pferdewagen. Die Fahrt zum Gebäude der „Misanto-Chemical“ dauerte endlos lange. Die beiden Braunen, offenbar erst vom Lende importiert, fühlten sich in der Ueber-schwemmung der Straßen mit Hunderttausenden müßiggehender Menschen nicht wohl. Dort, wo sonst Autoschlangen ihren endlosen Leib in gewohnter Ordnung über den Asphalt schoben, war jetzt ein wüdes Durcheinander von Fuhrwerken. Radfahrern, Tretröllern, Kinderautos, auf Roll-schuhen befestigten Kisten, Lastschubkarren und vielen anderen Fahrzeugen. Am Union-Square stoppte die Fahrt des Fuhrwerks. Eine riesenhafte Menschenmenge verhiinderte jedes Weiterkommen.

In der Nähe von Gordons Wagen ragte ein Mann hoch aus der Masse heraus und fuchtete mit wilden Armbewegungen in der Luft herum. Abgerissene Brocken seiner leidenschaftlich über die Köpfe hinweggeschleuderten Rede gelangten bis zum Fuhrwerk und ließen den Chef der Polizei erbllassen.

„Wir haben faktisch den Generalstreik und sollten die Gelegenheit ergreifen, endlich mit der raffigierigen Bande Schluß zu machen, bevor sie uns in den Krieg hetzt. Wer ist unter euch, der ein Interesse hat am Krieg gegen die Sowjetunion? Das ist doch ein verdammter Schwidel. Wollen uns denn die Hunde für dumm verkaufen?“

Bill sah in das verdutzte Gesicht Gordons, der den Wagen sofort in eine Seitenstraße lenkte. Es war nicht mehr die frühere Festigkeit in ihm. Und so lange Bill auch forschte, die zusammengekniffenen Lippen

waren lediglich der Ausdruck ohnmächtiger Wut, und dem flackernden Blick fehlte die Zielsicherheit, obwohl die Ueberwachung sogenannter amerikafeldischer Elemente in letzter Zeit mit zu Gordons Aufgaben gehörte. Der Chef war bisher keine Sekunde im Zweifel gewesen, wer dabei Amerika war (die Reichen) und wer der Feind war (die Armen).

Im Gebäude der „Misanto-Chemical“ gab es verschiedene Gründe für eine sonst hier unbekanntere Erregung. Erstens: Der Fahrstuhl streifte. Die Menschen keuchten schweißend und fluchend die Treppen hinauf und herunter.

Zweitens: Das ganze Haus war fast dunkel, trotzdem die Dämmerung noch nicht ihre letzten Schleiher ausgebreitet hatte. Die Architekten des he-...-gen Bauwerkes konnten nicht wissen, daß hier jemals der Lichtstrom seine Dienste versagen würde, und hatten die Größe der Fenster nicht für einen solchen Zwischenfall eingerichtet. Mit Kerzen und anderen künstlichen Beleuchtungsmitteln konnte diesem Uebelstand nicht gänzlich abgeholfen werden, weil die Vorräte der Riesenstadt der ungeheuren Nachfrage nicht gewachsen waren.

Und drittens: Im grünen Salon war eine Versammlung anberaumt worden, die nicht zustande kommen wollte, da noch nicht die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder erschienen war, trotzdem die ersten der anwesenden Herren schon volle drei Stunden auf den Beginn warteten.

Richard Worltons gepflegte Finger strichen nervös über das fette gelbe Gesicht und die riesenhafte Glatze. Er hatte in seiner Eigenschaft als Generaldirektor des Trusts die größten Sorgen.

Lest
verbreitet
und abonniert
unsere Zeitung!

SPORT-ECHO der Woche

Und Pfingsten nach Berlin!

Deutsche Sportler rufen zum Deutschlandtreffen

Die Tatsache, daß eine Reihe prominenter Sportler aus Westdeutschland allen parteipolitischen Provokationen zum Trotz den Aufruf des zentralen Komitees zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens in Westdeutschland mit unterzeichnet haben, hat in allen Kreisen der Sportler lebhafteste Diskussionen ausgelöst. Wir sind gebeten worden, in der Presse die Hoffnung auszudrücken, daß sich die Fußballmannschaft des 1. FC Kaiserslautern sowie andere bekannte Fußballvereine in Nord- und Südbaden bereit erklären, mit nach Berlin zu fahren. Sie werden dort Gelegenheit haben, wie wir von Frankfurt erfahren, gegen berühmte ausländische Mannschaften, wie „Dynamo“ Moskau, die allen Sportlern durch ihr ausgezeichnetes Spiel und ihren überwältigenden Sieg über die englischen Sportvereine bekannt ist, und „Sparta“ Prag anzutreten. Auch aus unserem Gebiet haben die Sportler an mehreren Orten bereits den Willen ausgedrückt, sich diese Gelegenheit nicht entgehen zu lassen und dem Treffen in Berlin beizuwohnen.

Wir fordern alle Sportler auf, die an einer Teilnahme interessiert sind, sich sofort mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu setzen.

In Nordbaden bitten wir die Sportler, sich an den vorbereitenden Landesauschuss für das Deutschlandtreffen, Stuttgart, (13), Bergstraße 5-7 zu wenden.

In Südbaden hat die Sportjugend Gelegenheit, sich mit den örtlichen Gruppen der FDJ oder dem Landessekretariat der FDJ, Singen, Görresstraße 4 in Verbindung zu setzen.

Dort werden sie alle näheren Bedingungen über die Teilnahme erfahren können.

Schwarzwald-Skimeisterschaften in Todtnau

Trotz ungünstiger Witterung annehmbare Leistungen

Das vor dem Wochenende plötzlich eingetretene Tauwetter mit Regenfällen blieb nicht ohne Einfluß auf den Verlauf der Schwarzwald-Meisterschaften in Todtnau. Die Strecke für den Langlauf am Samstag mußte noch etwas abgeändert werden. Unter den obwaltenden Witterungsbedingungen wurden hohe Anforderungen an die Wettkämpfer gestellt und trotz aller Geländeschwierigkeiten annehmbare Leistungen erzielt. Die Junioren, deren Kurs nur über die halbe Strecke ging, boten sogar recht gute Leistungen. Schneetreiben und heftiger Wind beeinträchtigten die Sprungwettbewerbe am Sonntag. Es gab verschiedene Stürze, die aber glimpflich abließen. Immerhin mußten die Springer mehr auf ihre Sicherheit bedacht sein und konnten infolgedessen in Bezug auf Sprungweite nicht ihr Letztes hergeben. Dem Ski-Club Todtnau gebührt für die mustergültige Vorbereitung und reibungslose Durchführung der Veranstaltung unter den schwierigen Verhältnissen volle Anerkennung. Die einzelnen Ergebnisse der Schwarzwald-Meisterschaften waren:

18-Kilometer-Landlauf. Allgemeine Klasse:
1. Robert Grieshaber, Schönwald, 1:24,37; 2. Hermann Mochel, Mannheim, 1:25,59; 3. Oskar Burgbacher, Brend, 1:28,29.

Langlauf der Altersklasse I:
1. Eugen Schweizer, Schauenland, 1:30,36; 2. Skral, Freiburg, 1:31,19; 3. Richard Morath, Freiburg, 1:35,23 (203,1).

Langlauf der Altersklasse II:
1. Fritz Schleich, Brend, 1:42,17; 2. Wil-

helm Deck, Karlsruhe, 1:42,44; 3. Heinrich Fritz, Bühlertal, 1:58,43.

8-km-Langlauf für Jungmannen:
1. Johann Wehrle, Friedenweiler, 0:49,26; 2. Erich Rees, Schauenland, 0:50,24; 3. Erich Hug, Hinterzarten, 0:51,35 (240).

Kombination, Allgemeine Klasse:
Erster in der Kombination und Schwarzwaldmeister: Günter Erben, Triberg, 234,9 (Langlauf-Note), 190 (Sprunglauf-Note), 424,9 (Kom.-Note); 2. Willi Winterhalder, Friedenweiler, 226,4, 171,5, 397,9; 3. Manfred Forner, Triberg, 228,7, 168, 396,7.

Kombination, Altersklasse I:
1. Richard Morath, Freiburg, 203,1, 174, 377,1; 2. Otto Pfaff, Schönach, 134, 144,75, 278,75.

Kombination, Jungmannen:
1. August Hitz, Hinterzarten, 228, 179, 407; 2. Kurt Nopper, Brend, 206,5, 174,3, 380,8; 3. Erich Hug, Hinterzarten, 240, 125,5, 365,5.

Spezial-Sprunglauf:
Klasse I: 1. Sepp Hättich (Hinterzarten) 49 und 47 Meter, Note 210,5; 2. Ernst Schwörer 48 und 47 Meter, Note 210,3; 3. Karl Fischer 47 Meter, Note 208,8. Jungmannen: 1. Paul Herr, Note 190,8; 2. Dietsche, Note 178,7.

Maxi und Ernst Baier werden voraussichtlich am 1. Mai eine dreimonatige Tournee durch Holland antreten. Als weitere Teilnehmerin ist Irene Braun-Wilson vorgesehen.

Klumpff nutzte einen Freistoß zum dritten Treffer und Kunkelmann stellte mit schönem Schuß auf 4:4. Dabei blieb es, obgleich Rastatt noch stark drängte und Kuppenheims Torwart zeitweise ausscheiden mußte.

Offenburg zog Schießstiefel an

FV Offenburg — Hechingen 6:0

Torwart Sickingen und Mittelstürmer Kronenbitter waren die aus dem sonst schwachen Mannschaftsgefüge Hechingens herausragenden Spieler und ihnen war es zu verdanken, daß die Niederlage nicht noch höher ausfiel. Offenburg wartete mit einer vorzüglichen Mannschaftsleistung auf. Der Sturm war sehr schußfreudig, und besonders Willimowski brachte nicht weniger als vier Treffer auf sein Konto. Bis zur Pause konnte Hechingen noch einigermaßen standhalten und Offenburg kam bald nach Beginn und kurz vor Schluß der ersten Halbzeit zu den beiden Treffern durch Willimowski. Wenige Minuten nach der Pause folgten zwei weitere Tore durch Willimowski, und bei drückender Ueberlegenheit Offenburgs machte der Linksaußen Herold noch das halbe Dutzend voll.

Singen knapp an neuer Sensation vorbei

SG 04 Singen — VIL Schwenningen 2:1

Wenn Singen trotz zeitweiser drückender Ueberlegenheit gerade noch mit knapper Not auf eigenem Platz die beiden Punkte in Sicherheit bringen konnte, so lag das an der Unentschlossenheit und Unsicherheit seiner Stürmer beim Torschuß. Es war wohl nicht leicht, bei der vielbeinigten Verteidigung Schwenningens freies Schußfeld zu bekommen, aber bei den zahlreichen am laufenden Band herausgespiellten Torchancen hätten unbedingter mehr Treffer fallen müssen. Fast bis zur letzten Minute des Spiels war Singens Sieg in Frage gestellt, und wenn Schwenningen das leichtsinnige Aufdrücken der Singener Hintermannschaft besser zu nutzen verstanden hätte, dann wäre eine neue Sensation wie im Spiel gegen Hechingen fällig gewesen. Strittmatter brachte Singen zwar schon nach einer Viertelstunde in Führung, dabei blieb es dann aber bis zur Pause, und als 20 Minuten vor Schluß Schwenningens Mittelstürmer Schmidt den Ausgleich erzielt hatte, waren die Zuschauer bis vier Minuten vor Schluß in Ungewißheit, ehe Lehr doch noch das Siegestor schießen konnte.

SC Freiburg bleibt gefährdet

08 Villingen — SC Freiburg 4:1

Vergeblich stemmte sich der SC Freiburg gegen die drohende Niederlage in Villingen. Bis zur Pause konnten die Gäste bei zeitweiser überlegenem Spiel die Partie noch unentschieden halten, und durch ihren Rechtsaußen Böcherer sogar in Führung gehen. Aber der diesmal stark torhungrige Linksaußen Villingens, Grammel, schoß bald das Ausgleichstor. Nach der Pause machte der schwere Boden den flinken Gästen doch mehr zu schaffen und Villingen konnte durch Grammel noch drei weitere Tore erzielen.

ASV Ebingen — SV Lahr 2:1

Bis etwa 20 Minuten vor Schluß führte Lahr mit 1:0, und nur Spielverluste durch Verletzung und Platzverweise brachten die Badener schließlich noch um den Sieg. Bereits zwei Minuten nach Spielbeginn war Lahr durch einen überraschenden Treffer seines Rechtsaußen Wächter in Führung gegangen. Ebingen drängte zeitweise stark nach dem Ausgleich, aber Lahr's starke Hintermannschaft und die sichere Arbeit seines Torwarts Schilli vereitelten bis etwa Mitte der zweiten Halbzeit alle Bemühungen Ebingens. Da wurde Torwart Schilli verletzt und die sich daraus ergebende Unruhe und Zusammenstöße führten zu Platzverweisen von

zwei Ebingern und einem Lahrer. Nachdem Ebingen in der 65. Minute durch den Halb-rechten Höhn ausgeglichen hatte, konnten die Einheimischen dann wenige Minuten vor Schluß noch durch den Linksaußen Gärtner das siebringende Tor erzielen.

Tübingen — Friedrichshafen 7:1

Der farnosen Mannschaftsleistung Tübingens hatte Friedrichshafen nicht Gleichwertiges entgegenzustellen. Sie konnten zwar durch den Rechtsaußen Hüthenhofer das erste Tor schießen, dann aber hatte Tübingen das Wort und ließ 7 Treffer folgen, darunter allein vier durch Hüthrich.

SSV Reutlingen — SpVgg Trossingen 2:1

Der Tabellenführer hatte Mühe, auf dem morastigen Gelände beide Punkte unter Dach und Fach zu bringen. Dem Führungstrossingers ließ Reutlingen zwar sofort durch Elfmeter den Ausgleich folgen, aber erst 10 Minuten vor Schluß kam Schöllner zum Siegestreffer.

Sporttagungen in Südbaden

Wiederwahl bei Schwimmern und Leichtathleten

Die Schwimmer und die Leichtathleten von Südbaden ließen sich am vergangenen den Rechenschaft über das abgelaufene Sportjahr geben und betrauten sie darauf abermals mit der Führung der Geschäfte. Der einstimmig wiedergewählte Vorstand des Südbadischen Schwimmverbandes setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Zeh (Freiburg); 2. Vorsitzender: Birlinger (Emmendingen); Landesschwimmwart: Schouven (Konstanz); Jugendwart: Heim (Singen); Schriftführer: Schäfer (Freiburg); Kassenwart: Münzer (Freiburg).

Bei den Leichtathleten wurde für den Posten des Geschäftsführenden Vorsitzenden Spitzmüller, Nordrach, anstelle des aus beruflichen Gründen zurückgetretenen Steffes gewählt. Die weiteren Aemter wurden übertragen an: Ludwig Graf Douglas (VIL Konstanz) als 1. Vorsitzender; Kassenwart: Weber, Tennising; Sportwart: Steffes, Freiburg; Frauenwart: Schmidt, Ottenau; Jugendwart: Spitzmüller, Nordrach.

Meisterschaften südbadischer Schwimmer

Die Meisterschaften in den Schwimm- und Sprungwettbewerben wurden für das Jahr 1950 nach Emmendingen vergeben, während die Wasserball-Meisterschaften in Freiburg ausgetragen werden. Ein Ländervergleichskampf Südbaden gegen Nordbaden wird am 1. April in Freiburg stattfinden.

Leichtathletische Mannschaftsmeisterschaften in Südbaden

Die Leichtathletikvereine Südbadens werden in der kommenden Saison ihre Mannschaftsmeisterschaften in zwei Klassen — Landesliga und Kreisklasse — austragen.

Südbadens Leichtathletik-Termine

Für die Leichtathletikveranstaltungen der kommenden Saison wurden folgende Termine bekannt: 12. oder 19. März: Kreis- und Bezirkswettbewerbsschaffungen in Altschweier; 1. Mai: Traditionssportfest des ASV Nordrach als Landesoffene Veranstaltung; 7. oder 14. Mai: Bahnstaffel- und Mehrkampftage in den Kreisen; 11. Juni: Kreismeisterschaften; 25. Juni: Bezirksmeisterschaften; 1./2. Juli: Gesamtbadische Meisterschaften (Männer und Frauen) in Mannheim; 8./9. Juli: Landesjugendmeisterschaften Nord- u. Südbaden in Ottenau; 23. Juli: Tag der Fußballer und Handballer (Mehrkämpfe) in allen Kreisen.

Die Badischen Jugend-Turnmeisterschaften sind am 30. April in Gengenbach. Die Sieger dieser Titelkämpfe nehmen an den Deutschen Jugend-Meisterschaften in Stuttgart teil.

Hart erkämpfte Heimsiege in der Südliga

Platzverweise in Ebingen — Schützenfeste in Offenburg und Tübingen

So normal wie am letzten Sonntag war der Verlauf in der Südliga schon lange nicht. Die Platzverweise stiegten auf der ganzen Linie. Nur der FV Rastatt tanzte aus der Reihe und mußte sich mit einem torreichen Unentschieden gegen Kuppenheim 4:4 zufriedengeden. Die ersten Fünf der Tabelle blieben mit bemerkenswert knappen Ergebnissen siegreich. Nur Tübingen ließ mit einem hohen 7:1 über Friedrichshafen erkennen, daß der Schwächenfall überwinden zu sein scheint. Reutlingen behauptete mit einem 3:1 über Trossingen den ersten Platz. Einige Mühe hatte Singen, um mit 2:1 die Punkte von Schwenningen zu bekommen. Wertvoller erscheint da schon der knappe Sieg des Freiburger FC 2:1 über Konstanz. Die „Seehasen“ mußten infolgedessen Ebingen in der Tabelle den Vortritt lassen, denen ebenfalls mit 2:1 die Revanche an Lahr gut paßt. Der sensationelle Sieg über Singen vor einigen Wochen scheint Hechingens letztes Aufblatzen gewesen zu sein. Die 0:6-Abfuhr in Offenburg läßt erkennen, daß der Tabellenletzte nun die Hoffnung aufgegeben hat. Offenburg aber kann wieder hoffen, zumal nicht nur Trossingen und Schwenningen, sondern auch der SC Freiburg verlor, nämlich 1:4 in Villingen. Zu dem Föhnlein der Abstiegbedrohten ist neuerdings auch Friedrichshafen gestoßen. Die Tabelle lautet nun unter Berücksichtigung der letzten Spruchkammer-Entscheidungen:

SSV Reutlingen	20	16	2	2	53:20	34
Eintracht Singen	20	15	2	3	49:18	32
SV Tübingen	18	11	5	2	42:19	27
FC Freiburg	18	10	5	3	47:23	25
ASV Ebingen	19	9	4	6	28:22	22
VIL Konstanz	17	8	4	4	39:23	21
SV Rastatt	19	7	5	7	38:32	19
FV Kuppenheim	19	7	4	8	42:50	18
FV Lahr	20	8	1	11	29:37	17
FC Villingen	17	6	3	8	31:35	15
SG Friedrichshafen	19	6	3	10	23:42	15
FV Offenburg	19	5	4	10	19:33	14
SpVgg Trossingen	18	4	10	10	28:34	12
VIL Schwenningen	19	5	2	10	33:50	12
SC Freiburg	18	3	4	11	31:42	10
SV Hechingen	20	2	3	15	23:69	7

Proteste und Spielersperren

Wie die Südliga-Spruchkammer mittelt, wird das am 22. Januar beim Stande von 2:0 für die Platzbesitzer abgebrochene Meisterschaftsspiel SV Kuppenheim — VIL Konstanz mit dem genannten Ergebnis für Kuppenheim als gewonnen gewertet. Weiler (SV Kuppenheim) und Mochel (VIL Konstanz) werden wegen Täuschlichkeit je drei Monate sowie Treutle (VIL Konstanz) wegen rohem Spiel einen Monat gesperrt. Der Sport-Club Freiburg hat gegen das mit 1:2 verlorene Meisterschaftsspiel gegen Hechingen protestiert. Der SV Hechingen habe in diesem Spiel zwei Spieler unbedeutenderweise mitwirken lassen.

Torreiches Nachbarntreffen in Rastatt

SV Rastatt — SV Kuppenheim 4:4

Abermals endete das Treffen der beiden Ortsnachbarn unentschieden und der Torumsatz war sogar noch höher als beim Vorpast: 3:3. Der dramatische Verlauf des torreichen, harten, aber im allgemeinen fairen Kampfes zog die etwa 3000 Zuschauer ganz in seinen Bann. Bereits in der 2. Minute eröffnete Rastatt durch seinen Linksaußen Wädele den Torreigen, aber die Gäste ließen sich dadurch nicht entmutigen, sondern sie drängten Rastatt zeitweise ganz in die Defensive und konnten auch nach einer halben Stunde durch den Rechtsaußen Schindler ausgleichen. In den letzten 10 Minuten vor der Pause fielen rasch hintereinander drei Tore. Zunächst ging Kuppenheim durch den Mittelstürmer Graf in Führung, dann erzwang Kunkelmann für Rastatt durch verwandelte Foulelfmeter den Ausgleich, und der Halblinke Schäfer schoß für Kuppenheim abermals das Führungstor. Als bald nach Wiederbeginn auch Kuppenheim einen Foulelfmeter zugesprochen bekam und Schäfer ihn zum 4:2 verwandelt hatte, schien Rastatts Niederlage besiegelt. In einem unwillkürlichen Endspurt schaffte aber Rastatt innerhalb von 5 Minuten den Ausgleich.

Die die Tschadra besiegten

Frauen aus Usbekistan

Die kleinen Dörfchen an den Ufern des Amu-Darja haben sich zu Städten ausgewachsen. Weitgestreckte Baumwollfelder umgeben sie, Baumwolle, so weit das Auge reicht! Früher dehnten sich von hier aus schon die sandigen Flächen der Kara-Kum-Wüste. Hunderte Kilometer unfruchtbarer Sandes. . . .

Fracht- und Passagierflugzeuge überfliegen den Fluß und halten Kurs auf die Schwefelfabrik, die im Herzen der Wüste entstanden ist. Längs des Flusses, einander überholend, ziehen durch die Barchanen — die sandigen Felsandhügel — „Wüstenschiffe“ (Kamele), Geländewagen und Autos mit Anhängern. Auf dem Wasser heulen lustig die Sirenen der Schleppdampfer, die eine Karawane von Schleppkähnen hinter sich herziehen.

Auf der Kommandobrücke eines dieser Schleppdampfer, dessen angehängte Lastkähne mit Baumwolle beladen sind, steht eine Frau. Sie ist feingliedrig, trägt eine Art blauen Overall, der zu dem dunklen Samton der Haut gut paßt. Die schwarzen Haare werden von einer Kapitänsmütze zusammengehalten. Sie mag so etwa 26 bis 28 Jahre alt sein. Ihre Stimme, die den Matrosen Kommandos gibt, klingt etwas kehlig, wenigstens für unsere Ohren. Kommandos? Ja, diese Frau ist der Kapitän des Dampfers ein reizender und zugleich energischer Kapitän.

Suleiha Iskanderowa ist Usbekin. Die Matrosen, die sie kommandiert, sind Usbeken. Was das bedeutet? Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts hätte es eine usbekische Frau nicht gewagt, den schwarzen Schleier, die Tschadra, mit dem die Usbekin gemäß dem Brauch ihr Gesicht verhüllen mußte, abzunehmen und sich öffentlich mit unverhülltem Gesicht sehen zu lassen. Frtuen, die das wagten, wurden von den fanatischen Anhängern der Tradition verfolgt. Nie hätte die usbekische Frau und Mutter es sich erlauben dürfen, sich auch nur in einem Zimmer aufzuhalten, wo Männer saßen. Sie durfte den Mann bei Tisch bedienen, aber sie galt als zu minderwertig, um im Kreise der Männer zu verweilen. Rechtlos war die Frau, eine Sklavin, wenn man sie verheiratet hatte — den Mann selbst zu wählen, wäre niemals in Frage gekommen —, eine Ware, solange sie noch Mädchen war, denn sie wurde verkauft oder veräußert.

Historisch gesehen, liegt das alles gar nicht so weit zurück. Aber die sowjetische Wirk-

lichkeit überspringt Jahrhunderte, als ob es Monate wären. Kapitän Suleiha Iskanderowa erteilt heute usbekischen Männern Befehle, die prompt und achtungsvoll ausgeführt werden.

Ist Suleiha Iskanderowa eine Ausnahme? Nein, keineswegs. Sie selbst erzählt uns von ihren Freundinnen, von denen die eine für eine Rekordbaumwollerte als „Held der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet wurde, während eine andere „Verdiente Künstlerin der Republik“ ist.

Später erfahren wir in Taschkent, daß 106 Frauen als Abgeordnete in den Obersten Sowjet der Usbekischen SSR gewählt wurden, daß über zweitausend usbekische Frauen leitende Staatsstellungen innehaben. Bei einer städtischen Frauenversammlung saßen am Präsidiumstisch wissenschaftliche Mitarbeiterinnen der Akademie der Wissenschaften, Hochschullehrerinnen und Arbeiterinnen aus den Betrieben und Fabriken. Reden wurden gehalten, einfache, sachliche Reden, die vielleicht etwas zu trocken anmuteten. Zahlen wurden angeführt, immer wieder Zahlen, und doch — was sprachen diese trockenen Zahlen für eine bereite Sprache! Waren sie nicht praktische, leidenschaftslose Zeugen der großen Veränderung, die das Land mitgemacht hatte und weiter mitmacht?

Tausende von Kindergärten sind in den Städten und Dörfern errichtet worden, Schulen und Kindertagesstätten, Krankenhäuser und Entbindungsheime, und an all diesem hat die usbekische Frau entscheidenden Anteil.

In einem Millionen-Kolchos in Jangi-Jule, das 30 Kilometer von Taschkent entfernt liegt, sahen wir in den Obst- und Gemüsegärten ebenso wie auf den Feldern Frauen neben den Männern arbeiten. In einem der schönsten Häuser des Dorfes war die Kindergrube untergebracht, erfahrene Erzieherinnen behüteten die Kinder der Kolchosbauern. Die Mütter können tagsüber ruhig arbeiten, abends kommen sie dann und holen ihre Kinder, glückliche Kinder, die die drückende Finsternis, die das Land einst umhüllte, nicht mehr kennenlernen. glückliche Mädchen, die von der Tschadra, dem Symbol der Unfreiheit der usbekischen Frau, nur aus den Erzählungen der Älteren erfahren werden, glückliche Mütter, die mit ihren Kindern in eine frohe Zukunft sehen.

Casino - Lichtspiele

Bis einschl. Donnerstag 16. Febr. 1950
Der große deutsche Lustspiel-Schlager der in der Nähe Freiburgs gedreht wurde, mit d. populär. Musikschlager

**Sonja Ziemann
Gert Fröbe
NACH
REGEN
SCHEINT
SONNE**

Mit der großen Besetzung:
Sonja Ziemann, Gert Fröbe, Rud. Piatte, Willi Reichert, Liesl Karstadt, Beppo Brehm u. v. a.

So haben Sie noch nie gelacht!

Im Beiprogramm: „Der neue interessante Sportspiel“.
Fox tönende Wochenschau
Jugendtrif
Täglich: 14.15, 16.30, 18.45 und 21 Uhr.

Casino - Restaurant

Täglich 16—18 Uhr Konzert.
Eigene Konditorei
Täglich jeweils 20.15 Uhr
Sensations - Gastspiel
der bezaubernd-schönen internat.
Ausstattungs-Revue

„Herzenskarussell“
36 Bilder in einem Meer v. Licht und Farben. Mitwirkende: Baby Sabina v. Alhambra, Paris, 8 Mexicana-Accordion-Ladies 8, der Clou der Großstädte. Jazzkönig Dion Rosner, Hedy Fiory, Ital. Sängerin, Adam Müller, der bekannte Humorist, Mile. Torgo, Schönheitsstärzlerin Nach der Vorstellung: Tanz! — 2 Kapellen: 8 Mexicana-Accordion-Ladies u. Tanzkapelle Fred Sims.

... und abends 8 Uhr in die

CASINO - DIELE - BAR

Es spielt die beliebte Tanz-Kapelle Nico Kocken, Kabarett-Einlagen. Stimmung!
Polizeistundenverlängerung

Bel
Husten
hilft
Husta-Glycin
Fl. 1.30 u. 1.95 in Apoth., Drogerien

Harmonie-Lichtspiele

Dienstag bis mit Donnerstag
Nur 3 Tage!
Erstaufführung!

Gisela Uhlen
in dem in Baden-Baden mit großem Kostenaufwand hergestellten neuen deutschen Musikfilm
Eine große Liebe
mit Erika v. Thellmann, Michael Korrontay, Gustav Waldau, Elisabeth Fickenschildt, Barbara Bertram u. a.
Täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr

UNION-THEATER

Dienstag bis mit Donnerstag!
Nur drei Tage!
Marlene Dietrich
Jean Gabin in

Mordprozess ROUMAGNAC
Ein erregendes Liebesdrama, erfüllt von Leidenschaft und stürmischem Leben.
Tägl.: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr

Zentral-Theater

Schiffsraße 9
Um jedermann Gelegenheit zu geben diesen einmaligen Farbfilm zu sehen verlängern wir
Die Sensation für alle Filmfreunde!
Der größte Farbfilm der bis heute erschien!

J. Arthur Rank
zeigt den Farbfilm
Die roten Schuhe

+ Schwerhörige +

Hilfe selbst bei stärkster Schwerhörigkeit bringt unser neues fleischfarbig unauffällige Ohr zu tragendes OTOPHONIE.
Neu! Taschen-Öhrhörgeräte die moderne Hörhilfe.
Niedrige Werkpreise
Fachberatung: Donnerstag, 16. 2. von 9—11^{1/2} Uhr im Schwarzwald-Hotel Offenburg in Baden, Hauptstraße 34.
Deutsche Otophone Comp. G. m. b. H. Frankfurt/M., NO 14 Löwenstraße 27

Theater-Lichtspiele

Freiburg i. Br., Sedanstraße, Telefon 3393
10. bis 17. Februar 1950

Man spielt nicht mit der Liebe
Ein Lustspiel heiterster Laune! — Franz Grothe bietet musikalische Leckerbissen. Es spielen: Lili Dagover, Albrecht Schoenhals, Buni Labell, Paul Klüger, Petra Peters, Georg Thomalla u. a. — Regie: Hans Deppa
Verleih: Selorchofilm. Dazu:
DIE NEUE DEUTSCHE WOCHENSCHAU
Spielzeiten: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr
Für Schwerhörige besondere Plätze mit Apparatanschluß

Bestellen Sie heute noch

UNSER TAG
die aktuelle Tageszeitung Südbadens

Selbständige Existenz mit hohem Verdienst geboten durch Uebernahme des Bezirks - Alleinvertriebes konkurrenzlos chem. Massenart.
Chem. Fabrik Schneider, Wiesbaden 132

„Hicofon“ altbewährt gegen
Bettläsungen
Preis DM 2.65. Zu hab in all. Apoth.